

## **Wortprotokoll zu TOP 8 A und 11**

## Öffentliche Sitzung

### **Hauptausschuss**

97. Sitzung  
18. Februar 2026

Beginn: 12.02 Uhr  
Schluss: 18.44 Uhr  
Vorsitz: Stephan Schmidt (CDU);  
ab TOP 23 Andreas Geisel (SPD)

**Vorsitzender Stephan Schmidt:** Wir kommen zu

### Punkt 8 A der Tagesordnung

Bericht SenFin – II B 21 – vom 07.01.2026  
**Verwaltungsvorschriften zur Haushalts- und  
Wirtschaftsführung im Haushaltsjahr 2026 gemäß  
§ 5 LHO/ Haushaltswirtschaftsrundschreiben 2026  
(HWR 2026)**

[2627](#)  
Haupt

Gibt es Wortmeldungen? – Bitte schön, Herr Kollege Zillich!

**Steffen Zillich (LINKE):** Das große Thema, das mit dem HWR zu diskutieren wäre, ist die ja auch schon medial aufgenommene Frage: Welche Beschränkungen im Vollzug des Haushalts bestehen jetzt eigentlich Anfang des Jahres? – Zum Teil wird in den Verwaltungen darauf verwiesen, dass der beschlossene Haushalt noch nicht vorliege und dass deswegen, obwohl ja ein HWR vorliegt, eine Bewirtschaftung noch nicht stattfinden könne, keine Zuwendungsbescheide ausgestellt werden könnten und so weiter. Vielleicht können Sie dazu noch etwas sagen. Ich wäre auch froh, wenn in diesem Zusammenhang die Senatsverwaltung für Finanzen etwas dazu sagen würde, wie das denn jetzt eigentlich ist mit dem Haushalt, der zur Verfügung steht, dem beschlossenen Haushalt, seit wann es den gibt und in welcher Form und ob wir den übermittelt bekommen und so weiter. Ich fände es, muss ich sagen, gut, wenn wir hier, zumindest was den Haushaltsgesetzgeber betrifft, ein etwas kundenorientierteres Verhal-

ten hätten. Dass man da mal reinschauen möchte, das geht ja vielleicht auch dem einen oder anderen hier im Hause so.

Zu der Frage, was das eigentlich mit der Möglichkeit der Bewirtschaftung zu tun hat, gibt es jetzt darüber hinaus einzelne Anhaltspunkte. Es wird an ganz verschiedenen Punkten darauf verwiesen, dass Freigaben von SenFin für eine Mittelbewirtschaftung noch nicht vorlägen. Zum Beispiel haben wir eine Auskunft zum Thema Housing First bekommen, dass es hier keine Freigabe gebe. Zum anderen wird darauf verwiesen, dass hier erst später Zuwendungsbescheide erstellt werden könnten, weil noch das eine oder das andere zu klären sei, und Ähnliches. Auch die Anweisung eines vorzeitigen Maßnahmebeginns steht zum Teil aus. Vielleicht können Sie einfach mal erläutern, ob es irgendwelche Beschränkungen – Verfügungsbeschränkungen, Bewirtschaftungsbeschränkungen – Ihrerseits gibt, und wenn ja, welche. Die sind ja auch konkret Gegenstand dessen. Vielleicht können Sie das kurz noch mal zusammenfassen, an welcher Stelle hier tatsächlich verzögernde oder einschränkende Verfügungsbeschränkungen bestehen. Wir könnten an der Stelle auch noch mal das eine oder andere schriftlich nachfragen, weil es ja einzelne Beispiele betrifft. Es wird in dem Zusammenhang, bei der Erstellung von Förderbescheiden, zum Teil berichtet – im Bereich Kultur betrifft es ein XJazz-Festival –, dass ablehnende Förderbescheide vorbereitet werden, obwohl die Dinge dazu im Haushalt stehen. Das wundert dann doch. So weit vielleicht zu diesem Komplex.

Dann gibt es einen weiteren Komplex. Zum Thema Haushaltswirtschaftsrundschreiben uns nicht vorgelegt, aber ja vorhanden ist das Haushaltswirtschaftsrundschreiben zu Kapitel 2980, also zum Sondervermögen. Aus dem ergeben sich einige Fragen. Erstens konnte ich diesem Haushaltswirtschaftsrundschreiben nicht entnehmen, wie denn jetzt in dem Zusammenhang mit der Frage der überjährigen Bewirtschaftung der Mittel umgegangen wird, also mit der Frage der Restebildung. Um das noch mal zu erläutern: Das ist ja ein Bundesprogramm, es geht an dieser Stelle um die Mittel des Sondervermögens des Bundes. Dort sind Investitionsmaßnahmen eingestellt und angemeldet, die gegenüber dem Bund nicht jährlich bewirtschaftet werden müssen. Wir haben hier aber eine andere Form der Etatisierung gewählt, nämlich die normale Etatisierung im Landeshaushalt, und da ist die Jährlichkeit natürlich schon eine begrenzende Veranstaltung. Also: Wenn Maßnahmen verschoben werden, die nicht in diesem Jahr stattfinden, sondern möglicherweise erst im nächsten oder übernächsten Jahr, obwohl sie etatisiert sind, ist mir jedenfalls noch unklar, wie die Mittel eigentlich veranschlagungsmäßig vom einen Jahr ins andere wandern. Dass das finanziert ist, ist ja klar, weil die Mittel vom Bund erst in dem Moment kommen, in dem sie abgerufen werden. Aber die Veranschlagung ist ja eine andere, da ist das ja nicht berücksichtigt. Ich hatte schon seinerzeit in den Haushaltsberatungen darauf hingewiesen, dass man hier vielleicht mal darüber nachdenken muss, ob man einen Haushaltsvermerk dranschreibt. Sie haben gesagt, das ist nicht nötig. Dass dann nicht mal in der Bewirtschaftung ein Hinweis gegeben wird, wundert mich. Ich würde schon darum bitten, dass hier noch mal ein Wort dazu gesagt wird.

Zum Zweiten steht in diesem Bewirtschaftungsrundschreiben, dass Verstärkungen von Titeln des Kapitels 2980 zulasten von anderen Kapiteln im Landeshaushalt nicht möglich sind. Nun sind ja aber Teilfinanzierungen, die kofinanzierend zu anderen Dingen stattfinden sollen, in Kapitel 2980 eingestellt. In der Regel erfolgt aber die Bewirtschaftung über einen Titel; dann also offensichtlich nicht über den Titel des Sondervermögens. Deswegen verstehe ich gar nicht, weshalb hier nicht eine Verstärkung möglich sein soll, zum Beispiel beim Thema Krankenhaustransformationsfonds. Dazu sind allerdings noch andere Fragen ungeklärt, aber

wie das haushaltswirtschaftlich laufen soll, finde ich jedenfalls dadurch nicht geklärt. Es wird darauf verwiesen – auch darüber müssen wir ja reden –, dass insbesondere die Frage, ob es nach den Richtlinien des Bundesprogramms überhaupt möglich sein wird, hier Bundes- und Europamittel kofinanzieren, noch in Klärung ist, und dass insoweit, wenn ich es richtig verstehe, das Risiko dessen jetzt erst mal durch die Einzelpläne getragen wird. Das steht da jedenfalls drin. Dazu würde mich interessieren, erstens: Wann ist hier eine Klärung zu erwarten? Das sind ja, wenn ich es richtig im Kopf habe, keine ganz kleinen Elemente der Veranschlagung im Sondervermögen, sondern eher größere. Und zum Zweiten: Wie wird mit diesem Risiko im Zweifel umgegangen? Das betrifft ja auch die Frage der ursprünglich im Landeshaushalt nicht gesicherten Kofinanzierung von EU-Mitteln in Höhe von 170 Mio. Euro. Auch die soll ja möglichst über Mittel des Sondervermögens – so war die Bemühenszusage – dargestellt werden. Deswegen stellt sich die Frage, wie weit hier die Klärungen sind und inwieweit sich diese Absichten des Senats – sage ich jetzt mal – denn in der Umsetzung konkretisiert haben.

**Vorsitzender Stephan Schmidt:** Herr Kollege Schulze, bitte!

**André Schulze (GRÜNE):** Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Ich hätte noch eine Detailnachfrage. Unter Punkt 19 führen Sie aus, dass die verpflichtende Testphase zum Thema Umsatzsteuerneuregelung fortgeführt wird; ein Thema, das uns hier in diesem Ausschuss ja sehr oft bewegt hat, in letzter Zeit nicht mehr so oft, aber ich hätte gern einen Folgebericht zu dieser Testphase. Da wäre ich aber auf Sie angewiesen, was ein günstiger Zeitpunkt ist, wann man mal schauen kann, wie diese Testphase läuft. Idealerweise wäre das natürlich im Laufe dieses Jahres, bevor sich dieses Haus neu konstituiert, deswegen wäre am Jahresende nicht der geeignete Zeitpunkt.

**Vorsitzender Stephan Schmidt:** Herr Kollege Schneider, bitte!

**Torsten Schneider (SPD):** Ich möchte anschließen an das, was Kollege Zillich gefragt hat, und bitte hierzu um eine schriftliche Berichterstattung, andernfalls um ein Wortprotokoll. Es gab ja mal grundsätzliche Überlegungen, ähnlich wie in anderen Bundesländern die Bewirtschaftung oder überhaupt auch die Veranschlagung dieser Sondervermögensmittel durch ein eigenes Landesgesetz anzusteuern, zum Beispiel nach dem Muster des SIWA, um auch die Überjährigkeit und andere Dinge oder vielleicht auch die Verschiebung innerhalb von verschiedenen Clustern mit oder ohne Zustimmung des Hauptausschusses et cetera transparent sichtbar zu machen. Jedenfalls höre ich aus dem Senat diverse Signale, zum Beispiel das Stichwort Resilienz anbelangend, dass man zu Verschiebungen im Sondervermögen wird kommen müssen. – [Zuruf von Steffen Zillich (LINKE)] – Wenn das der Kollege Zillich auch gehört hat, dann ist das ja im parlamentarischen Raum nachhaltig vernommen worden, ein starkes Zusatzargument. – [Zuruf von Heiko Melzer (CDU)] – Jetzt hat allerdings auch der Kollege Melzer das Wort ergriffen, auf der Frotzelebene immerhin. – Jedenfalls möchte ich von hier aus ein kleines Feedback ansteuern, dass das Parlament ein veritables Interesse daran hat, bei solchen Überlegungen nicht nur mitzudenken, sondern auch mitzusprechen, und dem Senat gegebenenfalls geholfen werden kann, indem der Gesetzgeber gesetzgeberisch aktiv wird, oder dieser jedenfalls seine Überlegungen, bevor das verkündet wird, mit dem Parlament teilt. Das sage ich aus guter oder nicht guter Erfahrung aus der jüngsten Vergangenheit.

**Vorsitzender Stephan Schmidt:** Danke schön, Herr Kollege! – Dann wird ein Wortprotokoll angefertigt, so habe ich das jetzt verstanden. – Und Herr Senator hat das Wort zur Beantwortung. – Bitte schön!

**Bürgermeister Stefan Evers (SenFin):** Vielen herzlichen Dank! – Ich fange mal an mit den Fragen zum HWR. Das war zunächst die Frage: Ab wann kann und konnte der Haushalt bewirtschaftet werden? –; na, selbstverständlich von Beginn des Haushaltsjahrs an. Das ist auch nicht neu. Ich staune über manche Latrinenparole, die mich auch erreicht hat; ihre Zahl hat ein bisschen zugenommen, was auch immer die Ursache dafür sein mag. Aber tatsächlich hat sich nichts verändert. Mit dem HWR beginnt auch die Möglichkeit der Haushaltsbewirtschaftung, und das im durch das HWR gesetzten Rahmen. Wenn wir durch die Veröffentlichung des Druckwerks steuern könnten, dann wäre das natürlich ein sehr verführerisches Instrument für jeden Finanzsenator, die Haushaltswirtschaft im Griff zu behalten; dann nehme ich das gerne auf. Bisher ist mir die Möglichkeit allerdings nicht gegeben. Der Haushalt kann von Anfang an bewirtschaftet werden, und er wird es ja auch. Wer dazu Nachfragen hat, kann sich wie immer vertrauensvoll an die Finanzverwaltung wenden. Wir sind auch in diesen Fragen Freund und Helfer.

Deswegen war ich jetzt auch etwas erstaunt. Sie haben jetzt ein Beispiel herausgehoben, ich glaube, es war Housing First, oder was auch immer es war. Wir haben das schnell gecheckt. Das ist ein nicht vom Parlament mit einer Verfügungsbeschränkung belegter Titel. Wir haben da überhaupt nichts mitzureden. Es ist also schön, dass die jetzt auf unsere Freigabe warten. Auch hier: Sollte das die neue Übung sein, wäre es sehr im Sinne der auch von mir immer wieder eingeforderten Haushaltsdisziplin, vielleicht setzt sich hier ein Kulturwandel durch, aber die rechtlichen Rahmenbedingungen sind jedenfalls nicht so gesetzt, dass man hier auf uns warten müsste, jedenfalls was den Titel angeht, den wir hier mal rasch dahingehend gecheckt haben.

Das HWR errichtet auch keine Verfügungsbeschränkung über das, was der Haushaltsgesetzgeber an Sperren unterschiedlicher Qualifikation gesetzt hat, hinaus. – [Zuruf von Torsten Schneider (SPD)] – Das ist in Ordnung, aber hier war ich ja gebeten, Sorgen zu nehmen. Im gemeinsamen Interesse können wir sie ja außerhalb dieses Saals bestehen lassen, aber tatsächlich ist das HWR hier nicht anders zu verstehen und anders gefasst, als das in früheren Zeiten der Fall war. Ja, wir haben besondere Jahre hinter uns – Sie kennen die Umstände –, wir haben aber mit dem Haushaltsbeschluss für die Jahre 2026 und 2027 ja ausdrücklich festgelegt, in welchen Schranken sich die Verfügungsbeschränkungen bewegen sollen und in welchen Sachverhältnissen sie wie qualifiziert auch immer angebracht sind. Und das ist es auch, darüber hinaus trifft das HWR keine Aussagen.

Zum Kapitel 2980: Hier geht es einerseits um die politische Fragestellung: Wie ist es eigentlich um die Kofinanzierungsmöglichkeit der Bundesprogramme bestellt? – Jetzt haben Sie zwei sehr prominente genannt, die Wohnraumförderung und das Thema Krankenhausreform. Darüber hinaus gibt es noch eine ganze Reihe weiterer Sachverhalte. Es gibt eine sehr klare Abrede zwischen dem Bundeskanzler und den Ministerpräsidenten, die da lautet: Es gibt hier unbeschränkte Kofinanzierungsmöglichkeiten –, und es gibt ein Bundesfinanzministerium, das, aus welchen Motiven heraus auch immer, sich an die Verabredung täglich unterschiedlich erinnert. Ich bin aber zuversichtlich, dass am Ende des Tages die getroffenen Verabredungen halten. Anders kann ich mir das beim Bundesfinanzminister gar nicht vorstellen.

len. Deswegen sind wir sehr zuversichtlich und sehen auch nicht das Risiko, dass das im Ergebnis nicht trägt, übrigens schon aufgrund der normativen Kraft des Faktischen. Bundesweit sind alle Kommunalhaushalte, alle Länderhaushalte auf diese Verabredung hin ausgerichtet worden. Noch einmal: Mir fehlt schlicht das Vorstellungsvermögen, dass der Bundesfinanzminister sich hier nicht genauso konstruktiv einbringt wie der Bundeskanzler. Insofern besteht auch hier kein Grund zur Sorge, was die Haushaltstechnik in der Bewirtschaftung in kofinanzierten Bereichen angeht, also einmal die Möglichkeit – – Sie haben von gegenseitiger Verstärkung gesprochen, ich würde vom Heranziehen unterschiedlicher Finanzierungsquellen für die gleichen Maßnahmen sprechen. Dazu kann Herr Rohbeck gleich noch einiges beitragen.

Und zum anderen, soweit wir das technisch ausführen können: Sie haben auf das Rundschreiben ja bereits abgehoben, das wir übrigens gerne nachliefern. Mir war nicht bewusst, dass wir es hier im Haus noch nicht hatten. Das liefern wir dann gerne nach. Es wird auch noch ein weiteres geben, weil viele Detailfragen jetzt bei uns aufploppen, die wir dann auch gerne in Rundschreiben beantworten würden.

Das Zweite ist: Sie haben von Restebildung gesprochen. In unserer Logik bedarf es dieser Restebildung nicht, weil die Veranschlagung in den Folgejahren ja jeweils auch den weiteren Maßnahmenverlauf nachzeichnet. Ich brauche also nicht den Haushaltsrest, sondern ich kann natürlich auf die Fortführung der Maßnahme planen und werde den Haushalt entsprechend so veranschlagen, wie es zum Zeitpunkt der Haushaltsaufstellung der Maßnahmenstand und die jeweilige Prognose hergeben. Dass es in der Haushaltsbewirtschaftung dann immer Abweichungen geben wird, liegt in der Natur der Sache, da bietet aber die Haushaltswirtschaft hinreichende Möglichkeiten der Flexibilität. Und das bat mich Herr Rohbeck ausdrücklich durch ihn ausführen zu lassen, weil er das viel besser kann als ich.

**Vorsitzender Stephan Schmidt:** Bitte schön, Herr Rohbeck!

**Oliver Rohbeck (SenFin):** Einleitende Ergänzungen zu den Ausführungen meines Senators: Unser HWR ist ja eine Verwaltungsvorschrift, sie heißt nur Rundschreiben. Die LHO ist ja auch ein Gesetz und heißt nicht so. Deswegen gab es hier die Vereinbarung, dass wir Verwaltungsvorschriften grundsätzlicher Bedeutung wie das HWR diesem Parlament zur Verfügung stellen. – Das, was Sie angemahnt haben, Herr Zillich, das Rundschreiben zum Sondervermögen, ist tatsächlich nur ein Rundschreiben, hat also keine Rechtsqualität einer Verwaltungsvorschrift. Deswegen liegt es Ihnen noch nicht vor, aber es gilt natürlich, das ist die Zusage des Senators, dass wir Ihnen dies zeitnah zusenden. – Der Begriff des Rundschreibens führt also leider in die Irre. Das ist auch mit dem Abschlussrundschreiben und dem Aufstellungsrundschreiben so. Haken dran; das waren die Ausführungen zu Beginn.

Technisch haben wir ja in der Haushaltswirtschaft oft das Thema, dass wir bei Mitteln, die durch Dritte gegeben werden – das einfachste Beispiel wäre mitten im Jahr eine unterjährige Spende durch eine Bürgerin oder einen Bürger für einen Bezirk –, dieses Geld nicht in der Haushaltsplanung veranschlagen können, weil diese Dinge ja nicht geplant werden können. Und trotzdem bietet die Haushaltswirtschaft die nötige Flexibilität, den entsprechenden Zweck, der natürlich zweckgebunden, also klar definiert ist, im Rahmen der Haushaltswirtschaft auf einem Ausgabetitel zum Soll zu stellen. Das wird buchungstechnisch mit eigenen Schlüsselnummern abgebildet, im Rahmen der Rechnungslegung dem Hauptausschuss jedes Jahr zur Verfügung gestellt und im UA Haushaltskontrolle mehr oder weniger titelscharf vom Rech-

nungshof kommentiert. Wir haben also die Möglichkeit, Abweichungen von erwarteten Einnahmen auf geplante Ausgaben in der Abstraktion abzubilden.

Das Thema Haushaltsreste hier abzubilden, ist deshalb nicht notwendig, weil wir im Zusammenhang mit dem Sondervermögen ein vorlaufendes Erstattungsprinzip haben, das heißt – ich sage es jetzt mal untechnisch –, wir holen uns vom Bund genau das Geld, das im Idealfall auch liquiditätstechnisch ausgabenseitig bereits geflossen ist. Wir können also etwaige Mehrausgaben, die sich im nächsten Jahr ergeben, weil ich im Doppelhaushalt im ersten Jahr aus welchen Gründen auch immer nicht ganz so viel ausgegeben habe, auch durch die entsprechende Finanzierungsseite beim Bund abrufen und im Rahmen der Flexibilität der Haushaltswirtschaft dem Ausgabetitel zusätzlich ins Soll stellen, ohne das Instrument der Haushaltsreste zu bemühen.

Wenn Sie mir vom Standpunkt der Steuerung des Gesamthaushalts noch ein Argument zu den Haushaltsresten gestatten: Dieses Verfahren, das ich eben geschildert habe, wirkt im Ist saldenneutral: Ich habe eine zusätzliche Ausgabe und kann mir die zusätzliche Einnahme holen. Das ist wunderbar für den Finanzierungssaldo und für den Jahresabschluss. Ein Haushaltsrest ist lediglich eine Ermächtigung auf der Soll-Seite und trägt in sich immer ein Finanzierungsrisiko für das nächste Jahr. Deswegen schreiben wir in unserem Abschlussrundsreiben auch, dass wir einen Ausgleich für diese Restebildung brauchen, weil wir in Zeiten knapper Haushaltsmittel – dazu ist in diesem Ausschuss, glaube ich, hinreichend diskutiert worden – natürlich lieber einen Weg finden, der uns auch auf der Einnahmenseite eine Saldenneutralität gestattet. – Vielen herzlichen Dank!

**Vorsitzender Stephan Schmidt:** Vielen Dank! – Herr Kollege Walter, bitte!

**Bürgermeister Stefan Evers (SenFin):** Das war jetzt nur der eine Fragenkomplex.

**Vorsitzender Stephan Schmidt:** Bitte schön!

**Bürgermeister Stefan Evers (SenFin):** Dann hatte ich noch die Frage des Kollegen Schneider. Die bezog sich ja eher, wenn ich es richtig sehe, auf medial wahrnehmbare Diskussionen über Begehren, in dem beschlossenen Katalog der Sondervermögensbelegung Veränderungen vorzunehmen. Dass so etwas im Ergebnis ohne Beteiligung funktioniert, wäre mir auch unvorstellbar. Ich weiß allerdings auch noch nichts Konkretes. Ich höre auch von umfangreichen Wunschkatalogen und werde mir aber die Zeit nehmen, mir das genau anzusehen, wenn es mich denn erreicht. Das ist ausdrücklich nicht der Fall, und insofern kann ich mir nicht vorstellen, dass das ohne dem hier zum Ausdruck gebrachten Bedürfnis nach Beteiligung zu entsprechen im einsamen Kämmerlein geschieht. Das ist politisch wie sachlich unvorstellbar.

**Vorsitzender Stephan Schmidt:** So, Herr Kollege Walter, jetzt aber! Bitte schön!

**Sebastian Walter (GRÜNE):** Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Vielen Dank, Herr Finanzsenator! Da ich gerade eine extreme Serviceorientierung wahrnehme und feststelle, dass sich manche Fragen hier bilateral direkt abräumen lassen: Ich habe gehört, dass die Bezirke die Mittel für die Parkläufer noch nicht bewirtschaften können, und es liege nicht an der Fachverwaltung, sondern an SenFin. Vielleicht habe Sie im Laufe der Sitzung auch noch eine Information dazu, woran es hängen könnte. – Vielen Dank!

**Vorsitzender Stephan Schmidt:** Herr Kollege Zillich, bitte!

**Steffen Zillich (LINKE):** Herzlichen Dank, Herr Vorsitzender! – Auch wenn ich Ihre Auffassung teile, dass die Zurverfügungstellung von Druckstücken keine Auswirkungen auf die Bewirtschaftungsfähigkeit des Haushalts hat, möchte ich trotzdem noch mal meine Bitte bekräftigen, dass auch wir die Übermittlung der fertigen Versionen – – wenn die dann fertig sind, dass wir darüber informiert werden – denn man findet sie jetzt auch auf den Seiten von SenFin, glaube ich, nicht sofort, denn man muss in einem anderen Jahr suchen –, damit wir hier dann auch damit arbeiten können. Vielleicht gibt es ja auch freundlichere Möglichkeiten, damit wir damit arbeiten können, als nur die PDF-Version, aber das ist eine weitere Frage; erster Punkt.

Zweiter Punkt: Ich habe mich jetzt gar nicht so wahnsinnig beschwert, weshalb das HWR zum Sondervermögen uns nicht vorgelegen hat – ich habe ja auch so einen Weg gefunden, darüber zu sprechen –, aber natürlich wäre es auch freundlich, wenn wir das bekämen. Wenn ich Sie jetzt aber richtig verstanden habe zum Thema Restebildung: Ist die Tatsache, dass die Frage der Ausgabeermächtigung – da nehme ich jetzt mal das gesamte Kapitel, weil es darin ja eine Deckungsfähigkeit gibt – Sie in dem Moment haushaltswirtschaftlich nicht begrenzt, wenn Sie eine höhere Einnahme nachweisen können? Das ist ja wohl das Ende vom Lied, und das ist ja genau die Frage, vor der wir hier stehen.

Wir haben hier also eine Abwicklung – wir haben einerseits eine Ausgabeermächtigung, bei der ich bisher davon ausgegangen bin, dass es jedenfalls schwierig ist, diese Ausgabeermächtigung, die Sie mit dem Landeshaushalt bekommen haben, zu überschreiten, wenn es nicht im Wege der Deckungsfähigkeit oder von überplanmäßigen Ausgaben Möglichkeiten gibt. Aber nun kann es sich in der Bewirtschaftung des Sondervermögens ja gerade ergeben, und zwar gar nicht problematisch für den Haushalt – – weil ja, wie Sie richtig sehen, höheren Ausgaben daraus gegenüber, zumindest, wenn sie im Gesamtrahmen sind, ja der Zufluss vonseiten des Bundes organisiert werden kann, wenn die Anforderungen erfüllt sind und so weiter. Heißt das also – das wäre für mich jetzt eine neue Information –, dass die Ausgabeermächtigung in der Summe des Kapitels für Sie kein limitierender Faktor in der Bewirtschaftung der Ausgaben des Sondervermögens ist? Denn darum geht es mir ja. Mir ist auch schon klar, dass ich hier hin und her schieben und etwas decken kann, aber wir können ja auch vor einer anderen Entwicklung stehen, nämlich, dass sich alles ein bisschen zieht, selbst die Polizeiautos, und dass es deswegen notwendig ist, um die Investitionen tatsächlich abwickeln zu können, hierfür einen haushaltsrechtlichen Weg zu finden. Vielleicht können Sie noch mal sagen, ob ich es jetzt richtig verstanden habe, dass die Begrenzung der Ausgabeermächtigung kein Problem ist. Das ist dann auch interessant und hilft jedenfalls hier beim Sondervermögen.

Und trotzdem ist die Frage vielleicht noch mal an anderer Stelle, weil es sehr wichtig ist für die Projekte des Sondervermögens: Wie gehen wir denn jetzt mit den Klärungsnotwendigkeiten auf Bundesebene um? Gibt es eine Perspektive, einen Horizont, von dem man sagen kann, dann ist es sicher geklärt? Außer dass Sie davon ausgehen, dass sich an der bisher gefundenen Klärung nichts verändert, ist sie doch offensichtlich nicht so konkret, dass wir sagen können, wir fangen auf deren Grundlage jetzt an zu arbeiten. So habe ich jedenfalls dieses Rundschreiben verstanden. Darin steht, es bedarf noch einer Klärung. Deswegen ist die Frage: Wann erfolgt die denn? Wie ist der politische Prozess, in dem das tatsächlich stattfindet?

**Vorsitzender Stephan Schmidt:** Herr Kollege Schneider, bitte!

**Torsten Schneider (SPD):** Da nähern wir uns ja – – Der Kollege Zillich hat jetzt darauf Bezug genommen, dass der Senat die Auffassung vertritt, eine Restebildung sei nicht erforderlich, und zwar deshalb, weil man ja beim Bund nach Bedarf abrufen kann. Und genau das lässt mich jetzt hellhörig werden oder meine Befürchtung bekräftigen: Meint der Senat also, im Wege der Deckungsfähigkeit und durch die Bedarfsdefinierung durch exekutives Abrufen Projekte substituieren zu können oder neu zu schreiben, ohne mit einem Nachtragshaushalt die Parlamentskontrolle und die politische Steuerung über 5 Mrd. Euro sicherzustellen? Oder kann der Senat das freundlicherweise ausschließen, denn das würde wiederum meine Ambitionen, das anders gesetzlich regeln zu wollen, dann doch wieder etwas limitieren?

**Vorsitzender Stephan Schmidt:** Herr Kollege Schulze, bitte!

**André Schulze (GRÜNE):** Vielleicht habe ich es eben auch verpasst, aber ich wollte daran erinnern, dass ich zum Thema Umsatzsteuer noch einen Datumsvorschlag für den Berichtsauftrag haben wollte.

**Vorsitzender Stephan Schmidt:** Herr Senator, bitte schön!

**Bürgermeister Stefan Evers (SenFin):** Dafür würde ich auch vor der Sommerpause vorschlagen, wie wir das eben bei dem Zinssachverhalt auch getan haben.

**Vorsitzender Stephan Schmidt:** Das ist dann so aufgenommen.

**Bürgermeister Stefan Evers (SenFin):** Um die Ausführungen von Herrn Robeck insofern zu präzisieren: Natürlich geht es, wenn wir beurteilen, ob hier aus der Haushaltswirtschaft heraus eine Nachsteuerung erforderlich ist, darum, dass sich im Rahmen der für eine Maßnahme angesetzten Gesamtsumme Verschiebungen ergeben. In aller Regel würde ich kraft früherer Erfahrungen davon ausgehen, dass die Summen eher unterhalb dessen liegen, was veranschlagt ist. Kraft der gemeinsamen Anstrengungen dieser Koalition ist aber die Wahrscheinlichkeit natürlich sehr hoch, dass schneller gebaut wird, schneller realisiert wird und Ausgaben auch oberhalb der Veranschlagung liegen. Dann wären wir haushaltswirtschaftlich in der Lage, auch entsprechend zu reagieren. Was wir ausdrücklich nicht können und wollen, ist, jetzt neue Maßnahmen irgendwie kraft der Wassersuppe hinzuzudichten, weil sich dafür aus Bundesmitteln eine theoretische Einnahme begründen ließe. Das Sondervermögen ist in seiner Gesamtheit belegt. Innerhalb dieser Festlegung steuern wir, und das ist projektscharf festgelegt.

Das Serviceangebot war noch gefragt. Die Bezirke haben ein Mehrmittelschreiben erhalten, und nach meiner Einschätzung und dem Verständnis des Mehrmittelschreibens dürfte es auch kein Missverständnis darüber geben, dass die Parkläufer davon mit erfasst sind. Also auch hier sollte jetzt eigentlich niemand mehr sagen können, dass etwas an SenFin liege. Aber das heißt nicht, dass das nicht trotzdem gesagt wird.

**Vorsitzender Stephan Schmidt:** Herr Kollege Zillich, bitte schön!

**Steffen Zillich (LINKE):** Ich will noch mal nach den Klärungsprozessen auf Bundesebene fragen, was im Sondervermögen denn jetzt geht und was nicht geht, weil ja in diesem Haushaltswirtschaftsrundschreiben steht: Da bei einer Nichtakzeptanz einer Finanzierung über das Sondervermögen eine solche Finanzierung über den Landeshaushalt erfolgen müsste, ist die Bewirtschaftung entsprechender Mittel bis zu einer abschließenden Klärung zurückzustellen. – Das bedeutet ja, dass bei Krankenhaustransformationsfonds, Naturkundemuseum, GRW-Geschichten – danach steht, glaube ich, auch alles, was irgendwie Landesanteile bei Finanzierungen durch die Europäische Union betrifft, gegebenenfalls auch Baumentscheid – eine Bewirtschaftung entsprechender Mittel bis zu einer abschließenden Klärung zurückzustellen ist, deswegen die Frage: Wann ist denn eine abschließende Klärung oder zumindest die Voraussetzung für eine Bewirtschaftung gegeben?

**Vorsitzender Stephan Schmidt:** Herr Senator, bitte!

**Bürgermeister Stefan Evers (SenFin):** Wir stehen nach meiner Wahrnehmung unmittelbar vor dem Abschluss dieser Klärung. Insofern gehe ich jetzt nicht davon, dass das Thema von Relevanz bleibt.

**Vorsitzender Stephan Schmidt:** Danke schön! – Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht, dann kann der Bericht zur Kenntnis genommen werden.

**Vorsitzender Stephan Schmidt:** Wir kommen zu

Punkt 11 der Tagesordnung

- a) Bericht RBm – Skzl – III C – vom 16.12.2025 [2502 A](#)  
**Olympiabewerbung – Projektvereinbarung**  
(Berichtsauftrag aus der 90. Sitzung vom 14.11.2025) Haupt
  
- b) Bericht SenInnSport – IV C PG O 1 – vom 02.02.2026 [2502 B](#)  
**Projektvereinbarung zur Olympiabewerbung**  
**hier: Darstellung der Konsequenzen**  
(Berichtsauftrag aus der 91. Sitzung vom 19.11.2025) Haupt

Ich begrüße Herrn Staatssekretär Graf, den Chef der Senatskanzlei, Herrn Staatssekretär Hochgrebe und zahlreiche Mitarbeitende. Ich begrüße auch Herrn Niroomand und frage, ob es Wortmeldungen gibt. – Frau Kollegin Gebel, bitte schön!

**Silke Gebel (GRÜNE):** Wie schön, dass wir mal wieder über Olympia sprechen! Herzlich willkommen, Herr Niroomand, auch mal in dieser Runde! – Ich habe ein paar Fragen: Sie haben in der Vorlage, die die Grundlage für diese Projektvereinbarung BERLIN+ sein soll, auch eine Kostenaufschlüsselung gegeben, und Sie planen eine Bürgerbeteiligung. Vielleicht können Sie sagen, was mit den 600 000 Euro für 2026 geplant ist, und was Sie schon mit den 180 000 Euro im letzten Jahr gemacht haben. Was ich mich gefragt habe, wenn man eine Beteiligung macht, in was für eine Richtung die Beteiligung geht. Ich habe aus anderen Kontexten gehört, dass die Beteiligung ist, ob man dieses oder jenes Olympia möchte und nicht, ob man überhaupt Olympia will. Die Frage ist, was für eine Beteiligung das ist. In welchem Kontext steht diese Art der Befragung mit dem Volksbegehren, was es aus der Stadt gibt, das abfragt, was Sie nicht abfragen, ob es Olympia geben soll? Sie haben, habe ich gesehen, ein Budget von 2,1 Millionen Euro für Marketing in 2026. Was schon eine dreifache Summe dessen ist, was Sie für Beteiligung haben. Vielleicht können Sie das noch einmal kontextualisieren, wie Sie wirklich rausfinden wollen, was die Leute wollen, oder ob Sie die Leute mit Marketing ein bisschen überschwemmen und gar nicht wirklich rausfinden, was die Bevölkerung will, die ja eher – wenn man sich die Umfragen anhört – ein bisschen kritisch ist, was für eine Bewerbung auch ein Problem ist.

Ich habe anschließend an die Kostenschätzung, die Sie im Rahmen dieses Volksbegehrens gemacht haben, ein paar Fragen, und ich glaube, dass es sich lohnt, dass wir als Hauptausschuss dazu noch einmal eine rote Nummer machen. Sie haben gesagt, wenn ich das richtig verstanden habe, dass Sie davon ausgehen, dass man Investitionen im Rahmen von über einer Milliarde Euro haben wird: Gleichzeitig würden dem Land Berlin Investitionen seitens der Wirtschaft, des Bundes und des IOC in einem hohen einstelligen Milliardenbereich entgehen, was dann auch fehlende Steuereinnahmen zur Folge hat. Da würde mich mal interessieren – das würden wir auch schriftlich einreichen –, welche Investitionen das seitens der Berliner Wirtschaft wären, die nach einer erfolgreichen Olympiabewerbung zu erwarten sind, welche Investitionen seitens des IOC während und nach einer erfolgreichen Olympiabewerbung zu erwarten sind und was auch das Land Berlin angesichts des aktuellen Berliner Haushalts rein gibt. Vielleicht kann SenFin schon etwas sagen, was Sie für 2028/2029 und fortfolgende Jahre eingestellt haben. Stand jetzt kämpfen wir eher darum, dass 1-Millionen-Euro-Beträge gestri-

chen werden, also das, was jetzt bei Ihnen ausgegeben wird. Da würden wir gerne eine tabellarische Übersicht über die verschiedenen Organisations- und Finanzierungsmodelle haben wollen. Das schreiben wir noch einmal auf, aber vielleicht können Sie schon zu den bisherigen Fragen etwas sagen.

**Vorsitzender Stephan Schmidt:** Herr Kollege Ronneburg, bitte schön, Ihre Wortmeldung!

**Kristian Ronneburg (LINKE):** Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Ich kann mich bei vielen Fragen von Frau Gebel anschließen. Ich möchte erst einmal das Thema Beteiligung abziehen. Ich würde einmal so anfangen: Könnten Sie direkt vom Beteiligungsprozess berichten, der praktisch angelaufen ist – unter diesem Label fanden die ersten Veranstaltungen statt – und uns einen aktuellen Einblick geben? Beziehungsweise würde mich interessieren, mit welchen Erwartungen Sie an diesen Prozess herangehen, also in Richtung: Was genau bedeutet quantitativ wie qualitativ? Woran messen Sie die Beteiligung an quantitativen und qualitativen Indikatoren? Dazu würden mich kurze Statements interessieren, wie viele und welche Berlinerinnen und Berliner Sie erreichen wollen und wie diese Stimmen gewichtet werden. Nebenbei bemerkt würde mich vom Senat auch interessieren, ob Sie denn selbst planen, in den nächsten Wochen und Monaten Umfrageinstitute mit Umfragen zu einer Bewerbung für Olympische Spiele zu beauftragen.

Für den Hauptausschuss: Wir haben für dieses Jahr 630 000 Euro für Beratung, Honorare, Gutachten et cetera. Da möchte ich nur noch einmal sichergehen, dass die entsprechend unserer Auflage auch vor Vorgabe uns zur Kenntnis beziehungsweise Beschlussfassung vorgelegt werden. Ein Nicken reicht, oder Sie führen es noch einmal aus. Nichtsdestotrotz: Wir würden insofern auf jeden Fall für eine Folgeberichterstattung plädieren, die uns möglichst bis Ende April vorgelegt werden könnte. Das soll dann das weiterentwickelte Konzept BERLIN+ beinhalten. Um noch einmal auf den April einzugehen: Es kann vielleicht auch etwas später sein, aber ich denke, dass wir uns hier hoffentlich auch alle einig sind, dass wir das brauchen, bevor es eingereicht wird und dass auch die entsprechenden Stadtentwicklungskonzepte und Finanzierungskonzepte unterlegt werden. Sie haben in Ihrem Budget selbst dazu einzelne Projekte, wie die Ermittlung des Non-OCOG-Budgets. Wir brauchen auch dezidierte Aussagen über die Entwicklung dieser Finanzierungskonzepte und bis wann diese vorliegen werden. Das wäre meine herzliche Bitte. – Danke schön!

**Vorsitzender Stephan Schmidt:** Vielen Dank! – Herr Kollege Hansel, bitte!

**Frank-Christian Hansel (AfD):** Danke, Herr Vorsitzender! – Ich beziehe mich auf die Vorlage rote Nr. 2502 B, Projektvereinbarung und Darstellung der Konsequenzen. Im Januar ist noch die Rede von den veranlagten 6 Millionen Euro, denen wir im Hauptausschuss zugestimmt haben, von denen bisher nichts abgeflossen ist. Wie sieht der Mittelabfluss aus, und gibt es hier Verzögerungen im Bezug auf Aktivitäten, die Sie planen, damit das nicht stockt, sondern dass es mit der Bewerbung wirklich vorankommt, dass auch ein bisschen Elan in die Geschichte kommt, dass die Berliner Stadtbevölkerung auch positiv mitgenommen wird? Sie wissen ja, dass wir die Bewerbung sehr positiv sehen und hoffen, dass das auch alles klappt.

**Vorsitzender Stephan Schmidt:** Herr Kollege Schulze, bitte!

**André Schulze (GRÜNE):** Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Ich hätte anschließend an die Kollegin Gebel noch eine Frage zur Kostenschätzung für das Volksbegehren. Sie führen aus, dass dem Land Berlin langfristige positive Wirkungen auf die wirtschaftliche Entwicklung und die Steuereinnahmen entgehen würden. Alle Studienlagen, die mir zu Olympischen Spielen bekannt sind, was langfristige wirtschaftliche Entwicklungen angeht, sind ziemlich eindeutig, nämlich dass es einen kurzfristigen Anstieg des BIP im Jahr und im Ausrichtungsjahr selbst gibt, der auch wenig verwunderlich ist, da im Zweifel staatlich finanziert die Kosten der Olympischen Spiele anstehen, die auch zu einem erhöhten BIP führen, aber dass sich dieser Anstieg sehr schnell wieder abflacht und im Prinzip keine langfristig nachweisbaren volkswirtschaftlichen Effekte von der Austragung Olympischer Spiele besteht. Das hat mich an dieser Kostenschätzung etwas verwundert.

**Vorsitzender Stephan Schmidt:** Frau Kollegin Brychcy, bitte!

**Franziska Brychcy (LINKE):** Vielen Dank! – Ich wollte nach den hohen Kosten für Marketing und Kommunikation fragen. Von den 6 Millionen Euro sollen 2,5 Millionen Euro alleine in diesen Bereich fließen. Das ist ein sehr großer Posten. Welche Ziele verbinden Sie denn mit diesen Ausgaben? – Dann wollte ich nachfragen, ob es schon Gespräche mit dem Bund und dem IOC zu der Frage Investitionen gibt, die von dort auch in unsere Infrastruktur gegebenenfalls geleistet werden. Die ganzen Investitionen, die für das Land Berlin und den Breitensport hier zu erwarten wären, sind immer das Hauptargument. Insofern möchte ich gerne nachfragen, welche Gespräche es gibt und wie der Zeitplan dieser Gespräche ist. Wann können wir mit Ergebnissen und Zusagen rechnen? – Danke!

**Vorsitzender Stephan Schmidt:** Frau Kollegin Knack, bitte!

**Lisa-Bettina Knack (CDU):** Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Ich habe eine Frage zu den ersten Kieztouren, die schon durchgeführt worden sind. Wie war der Eindruck, wie die Menschen darauf reagiert haben? Sie touren gerade im Prinzip durch jeden einzelnen Bezirk, um das Konzept vorzustellen, dass alle Anwohnerinnen und Anwohner Fragen stellen können, was ich bis jetzt aus verschiedenen Bereichen als sehr positiv wahrgenommen habe und auch positive Sachen gehört habe. Vielleicht können Sie noch ein bisschen weiter ausführen, vielleicht um hier einen positiven Akzent zu setzen.

**Vorsitzender Stephan Schmidt:** Danke schön! – Dann kommen wir zur Beantwortung. – Herr Staatssekretär Graf, bitte!

**Staatssekretär Florian Graf (CdS):** Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Wir werden uns die Beantwortung sicherlich zu dritt etwas aufteilen. Sie haben darauf hingewiesen, dass wir auch den Olympiabeauftrag des Senats, Kaweh Niroomand, in diese Veranstaltung mitgebracht haben. Wir haben Ihnen mit der roten Nummer 2502 A gemäß unserer Berichtspflicht die Projektvereinbarung vorgelegt. Ich denke, dass aus der Projektvereinbarung auch sehr detailliert deutlich wird, welche Aufgaben vor uns liegen, wobei ich auch noch einmal erwähnen möchte – wir hatten das auch bei den Haushaltsberatungen diskutiert –, dass sich schon jetzt in der Umsetzung zeigt, dass wir mit der Projektstruktur genau die richtige Form gewählt haben. Es gab damals die Abwägung einer GmbH oder anderer externer Strukturen. Wenn ich mir vorstelle, welche Maßnahmen operativ oder organisatorisch notwendig gewesen wären, um diese rechtlichen Voraussetzungen zu machen, dann ist

das sicherlich ganz klar, dass wir mit der Projektstruktur eine schnellere Umsetzbarkeit haben und wir auch sehr klar deutlich gemacht haben, was jetzt alles geregelt wird. Für uns war die Einbindung der Steuerungseinheit Olympia in die Senatskanzlei wichtig. Dann ging es auch darum, die Prozesse zwischen der Senatsverwaltung für Inneres und Sport und der Senatskanzlei und die Finanzierung des Projekts zu regeln.

Im Rahmen des Projektes – das ist auch ein Großteil Ihrer Fragen gewesen, die Sie gerade hatten – sind das fünf Punkte. Der eine ist das Thema Berliner Bewerbungskonzept BERLIN+. Der Abgeordnete Ronneburg hat, glaube ich, um einen Bericht zu Ende April gebeten. Herr Niroomand hat mir gerade gesagt, dass Ende April, Anfang Mai genau das richtige Zeitfenster sei. Wenn wir zur Maisitzung die Berichtspflicht hätten, wäre das gut.

Das zweite und dritte Thema sind die konkreten Fragen, die auch Frau Abgeordnete Gebel, aber auch Herr Ronneburg hatten, nach dem Beteiligungsverfahren und der Öffentlichkeitskampagne/Marketingkampagne. Dazu würde Herr Niroomand gleich näher ausführen, weil er da besonders nahe mit dran ist. Das dritte Thema ist die Frage des Kuratoriums, welche Rolle das spielt. Wir haben in versucht, das in der Projektvereinbarung darzulegen.

Jetzt zu den zwei Fragen, die zum Haushalt konkret gestellt worden sind. Herr Abgeordneter Hansel hat nach den abgeflossenen Mitteln gefragt: Ich würde Ihnen antworten, was zurzeit gebunden ist, weil das nicht gleich abgeflossen heißt. Stand Anfang dieser Woche sind 1,94 Millionen Euro gebunden. Das wird in den Folgeberichten deutlicher werden, was in welche Richtung abfließt. So ist jedenfalls der Stand heute.

Die Frage, die Herr Abgeordneter Ronneburg zu den Umgang mit Gutachten/Honoraren gestellt hat: Wir können bestätigen, dass wir so verfahren, wie wir es in der Projektvereinbarung vorgehalten und vorgesehen haben.

Die Fragen die Kostenschätzungen betreffend, die auch heute Gegenstand der öffentlichen Berichterstattung war, würde der Kollege Hochgrebe beantworten. – Dann würde ich für meinen Teil jetzt an Herrn Niroomand abgeben.

**Vorsitzender Stephan Schmidt:** Bitte schön, Herr Niroomand, Sie haben das Wort!

**Kaweh Niroomand (Olympiabeauftragter):** Vielen herzlichen Dank für die Fragen! Ich versuche einmal, weil viele Fragen ähnlich oder von ähnlicher Qualität waren, das zusammenzufassen und wenn es noch Nachfragen gibt, beantworte ich sie gerne.

Als wir diese Steuerungsgruppe gegründet haben, hatte diese zwei wichtige Ziele: Das eine Ziel ist die Berliner Bevölkerung. Wir wissen, dass es eine kritische Haltung gegenüber einer Olympiabewerbung gibt, und das ist nicht nur in Berlin so. Bis auf München hat es vor den Olympischen Spielen immer kritische Haltungen zu den Olympischen Spielen gegeben, selbst in Paris. In dem Moment aber, wenn die Spiele losgehen, das sehen Sie auch heute in der Berichterstattung, steht Olympia ganz oben und das Blatt wendet sich. Das ist eine ganz normale Entwicklung. Nichtsdestotrotz wollten wir das nicht darauf beruhen lassen und haben uns als Teil der Arbeit der Steuerungsgruppe die Kommunikation in die Stadtgesellschaft vorgenommen. Dafür braucht man, das wissen Sie auch alle aus Ihren Tätigkeiten, eine Agentur. Wir haben uns für Grün Berlin entschieden, weil wir das mit unserem zweiten Ziel auch ab-

stimmen wollten. Das zweite Ziel ist die Beteiligung. Wie beteiligen wir die Berliner Bürger an einer Meinungsäußerung mit ihren Vorschlägen zu diesem Thema? Wie bringen wir die Meinung der Berliner Bürger mehr und mehr in das Konzept, das im Mai 2025 als ein Grobkonzept von der Senatorin vorgestellt worden ist? Wie beteiligen wir die Berliner daran, sich so viel zu möglich einzubringen? Also zwei Ziele, einmal das Thema Beteiligung und zum anderen das Thema Kampagne!

Da haben wir auf ein Landesunternehmen gesetzt, das beide Bereiche abdecken kann. Das war auch der Grund, damit das terminlich gut aufeinander abgestimmt ist. Wir sind mit beiden, man muss sagen, nach unglaublich schneller Zeit schon gestartet. Sie können sich vorstellen, dass nach acht Wochen beides auf die Beine zu stellen, das Beteiligungsverfahren vorzubereiten, die Kampagne vorzubereiten, sich schon digital mit Kanälen aufstellen, schon eine ganz ordentliche Zeit ist, die unsere Mitarbeiter in diesen zweieinhalb, drei Monaten geschaffen haben.

Jetzt zu den einzelnen Verfahren: Das Ziel des Beteiligungsverfahrens ist nicht, eine Frage zu stellen: Wollt ihr Olympia ja oder nein? – Dazu gibt es einen klaren Senatsbeschluss. Das Ziel ist, die Meinung der Bürger einzuholen und so weit wie möglich im Konzept zu berücksichtigen, das bis zum 4. Juni 2026 beim DOSB abgegeben werden muss. Das ist das Ziel des Beteiligungsverfahrens. Da haben wir auf verschiedene Formate gesetzt. Einige sind auch jetzt gestartet. Wir sind in allen zwölf Bezirken. Es gibt eine Onlineabfrage, es gibt ein Jugendforum, es gibt zwei Stakeholder-Workshops. Ein Stakeholder-Workshop hat schon letzten Donnerstag stattgefunden, der nächste findet diese Woche statt. Da waren über 50 Berliner Organisationen, Verbände, Unternehmen beteiligt und haben über 4,5 Stunden in kleineren Arbeitsgruppen miteinander diskutiert, wie das BERLIN+-Konzept noch zu verbessern ist oder aus ihrer Sicht ergänzt werden muss. Das ist mit den Kieztouren begleitet. Wir sind in allen zwölf Bezirken präsent.

Ja, es hätte manchmal mehr Zuspruch der Bevölkerung sein können. Da könnte ich mit den üblichen Entschuldigungen auffahren: kaltes Wetter, 11 Uhr morgens, Flohmarkt vor der Tür oder ein anderer Markt, alles gut. Da müssen wir besser werden, aber wir hatten trotzdem – zum Beispiel in Charlottenburg war ich selbst dabei – fast 150 Kontakte, Meinungen der Laufkundschaft, die vorher im Bikini-Haus waren. Heute findet der nächste statt. Das ist schon sehr großartig, was wir dort an Diskussionen mit den Bürgern führen können. Das machen wir alles, weil – Sie müssen sich das vom Ende her denken: Am 26. September 2026 entscheiden die Mitgliedsverbände, mit welcher Stadt sie aus diesem Verfahren rausgehen und sich international bewerben wollen. Ein Kriterium ist das Thema Beteiligung. Das wird bewertet. Das Referendum in München war eine ganz starke Ansage, das hat die Position von München auch sehr gut nach vorne gebracht. Dafür gibt es viele Punkte, aber für das, was wir machen, gibt es auch viele Punkte. Für den Parlamentsbeschluss gibt es auch Punkte. Deswegen war es wichtig, diese Volksinitiative zu machen, bei der wir eine entsprechende Stimmzahl dem Parlament abgegeben haben. Dafür wird es auch Punkte geben. Somit ist das Beteiligungsverfahren klar positioniert, warum wir das machen.

Das Thema Kampagne ist das zweite, nämlich die Zustimmung der Berliner Bevölkerung zu erhöhen, in Dialog zu treten. Da haben wir drei Punkte in den Fokus gestellt, warum wir das machen. Das eine ist das Thema Zukunft. Wir sind auch mit der Bildungsverwaltung in Kontakt, damit wir Programme entwickeln, wie wir das Thema Kinder, Erziehung und Sport noch

mehr zusammenbringen, unabhängig davon, ob Olympia kommt oder nicht. Der Impuls muss auf jeden Fall hier rausgehen. Das zweite Thema, das uns in der Kampagne sehr wichtig war, ist das Thema Teilhabe und Inklusion. Deswegen ist das der zweite Bereich, nämlich Paralympische Spiele gerade in so einer Stadt wie hier in den Vordergrund zu stellen, damit wir auch entsprechende Ergebnisse, wiederum Impulse, auch für diesen Bereich haben können. Der dritte Bereich ist das Thema Hauptstadt und die Metropole Berlin. Wenn wir mit Deutschland – das ist sowohl der Beschluss des Deutschen Olympischen Sportbundes als auch des Bundeskabinetts – auf das internationale Parkett gehen wollen und die Olympischen Spiele für Deutschland gewinnen wollen, dann ist die Bundeshauptstadt die geeignetste Stadt, nämlich als internationale Metropole, um mit anderen Metropolen zu konkurrieren. Bei allem Respekt vor München, Hamburg, Wanne-Eickel und Duisburg und was weiß ich für andere Städte, aber man muss mit der stärksten Mannschaft antreten, damit man das Spiel gewinnen kann. Das zur Kampagne! Das sind die beiden Themen, allgemein, teilweise auch die Fragen von Gebel mit beantwortet.

Eine Sache ist wichtig – auch wenn es jetzt ein bisschen länger dauert –, die ich gerade im Hauptausschuss, weil das alles Leute sind, die von Zahlen, Budgets und Bilanzen was verstehen, in zwei, drei Minuten erklären will: Die Zahlen, die heute in der Morgenpost kursieren, sind falsch. Da ist alles durcheinander geworfen worden. Um die Zahlen einer Bewerbung für die Olympischen Spiele genau zu verstehen, muss man auch die Struktur der Budgetbildung verstehen, so bezeichne ich das. Das müssen Sie verstehen, weil ansonsten die Zahlen durcheinander kommen. Es gibt ein erstes Budget; das ist das Organisationsbudget. Da ist der IOC-Beitrag enthalten, das würde zum Beispiel entfallen. In Paris waren das 1,2 Milliarden Euro, das sind die Einnahmen aus dem nationalen Sponsoring von Partnern, Ticketverkauf und, und, und. Wenn wir Paris für uns als Blaupause nehmen, hat Paris in diesem Bereich 4,49 Milliarden Euro eingenommen, und die Ausgaben für die Durchführung der Spiele betragen 4,4 Milliarden Euro. Das ist Budget 1. Man hat hier ein kleines Plus von rund 75 Millionen Euro gemacht. Das ist Budget 1, Durchführung der Spiele. Jetzt kann man sich ausrechnen – ich habe alles genau hier, ich will Sie nicht ermüden –, warum was entfällt, wenn wir es nicht machen.

Das zweite Budget – das ist das interessante Budget – ist das Hebelbudget, wie ich das bezeichne. Das ist das Budget, wo Sie Investitionen für die Stadt tätigen, damit Infrastruktur entsteht, zum Beispiel in unserem Fall das Olympische Dorf am Stadteingang West mit 2 500 Einwohnern, was sowieso schon geplant ist, dass das umgesetzt wird, städtebauliche Maßnahmen, die umgesetzt werden, vor allen Dingen aus der Sicht des Sports betrachtet, die Sportinfrastruktur in den nebenliegenden Hallen, also nicht in den Haupthallen, wo die Wettbewerbe sind, sondern in den Hallen, wo trainiert werden muss, und das sind die Schulturnhallen, wo wir alle gemeinsam, glaube ich, einig sind, dass die saniert werden müssten. In Paris waren es über 80 Turnhallen, die in diesem Kontext renoviert und restauriert worden sind, genauso wie zig Bahnhöfe auf ihre Inklusionstauglichkeit. Dieses Budget hat in Paris 3,6 Milliarden Euro betragen. Da fließen als Gegeneinnahmen Gelder vom Bund rein. Ihre Frage hier: Nein, wir wissen noch nicht, wann und wie viel der Bund sich daran beteiligt. Das können wir jetzt auch nicht wissen, weil das erst in der nächsten Phase kommt, wenn wir in den internationalen Wettbewerb gehen. Das steht heute nicht fest. Wichtig ist aber, dass Finanzminister Klingbeil letzte Woche erklärt hat, basierend auf dem Kabinettsbeschluss, dass sich der Bund bei den Bewerbungskosten und den Durchführungskosten an den Olympischen Spielen beteiligt. Die Aussage steht. Die Höhe steht nicht.

Die Höhe wird dann stehen, wenn klar ist, welche Stadt es ist und wie das überhaupt im internationalen Wettbewerb weitergeht. Dieses zweite Budget bringt uns Gelder in die Stadt, die wir so sonst nicht reinbekommen würden und ja, jetzt werde ich mal ein bisschen kaufmännisch: Wenn Sie das als GuV sehen würden, dann entstehen Verluste, weil Sie etwas ausgeben, aber monetär nichts entsprechend reinkommt. Wenn Sie das aber bilanziell sehen würden, kommt Vermsögen rein, nämlich Anlagevermögen in Form von sanierten Straßen, Bau von Fahrradwegen, sanierten Turnhallen, und, und, und. Das dritte Budget ist das Budget Sicherheit, das ist eine andere Diskussion. Alles in allem ist das, glaube ich, wenn man diese Zahlenarithmetik einmal versteht, versteht man auch ungefähr, welche Vorteile und welche Nachteile es gibt. Ich will nicht alles schönreden, aber da liegen durchaus auch viele Vorteile und Chancen. Das zum Thema Zahlen! Ich habe versucht, das allgemein zu beantworten. Insofern glaube ich, dass es für uns eine Chance ist, die Olympischen Spiele durchzuführen, weil uns diese ganzen Einnahmen entgehen würden. Der Morgenpost-Artikel, auf den sich vielleicht der eine oder andere beruft, hat alles, was es an Ausgaben gibt, zusammengewürfelt und selbst die Zahl der Gelder, die kommen, die 15 Milliarden Euro, ist ein völliger Blödsinn. Das wird das niemals in Berlin kosten.

**Vorsitzender Stephan Schmidt:** Herr Staatssekretär Hochgrebe, bitte schön!

**Staatssekretär Christian Hochgrebe (SenInnSport):** Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Dem flammenden Plädoyer für die Olympischen Spiele kann ich mich aus Sicht der Senatsverwaltung für Inneres und Sport nur anschließen. Gerade die Olympische Winterspiele in Italien zeigen ja, welche Wirkung das für die Region hat, welche Begeisterung von Olympischen Spielen ausgeht, und das sind „nur“ Winterspiele. Wir reden hier über Olympische Sommerspiele, die noch einen ganz anderen Effekt haben, einen ganz anderen Effekt nicht nur im Sinne dessen, was der Olympiabeauftrag gerade ausgeführt hat, sondern auch das, was wir typischerweise aus Sicht des Sports mit Stadtmarketing oder Stadttrendite bezeichnen, also den Imageeffekt, den das für das Land Berlin, für unsere Stadt, für die Bundeshauptstadt der Bundesrepublik Deutschland sichert. Gerade das Beispiel Paris, worauf vielfach Bezug genommen wurde, zeigt, welche Flamme von Olympia ausgehen kann, eine Flamme der Begeisterung, ein Feuer, das um die Welt läuft, verbunden mit all den Bildern, die wir uns für unsere Stadt jeden Tag wünschen.

Ich will versuchen, auf zwei oder drei der aufgeworfenen Fragen, sofern sie sich an mich gerichtet haben, einzugehen. Das hat der CdS, Florian Graf, schon völlig zutreffend ausgeführt, dass wir mit der Projektvereinbarung zwei Dinge miteinander geschaffen haben, nämlich einmal die Steuerungseinheit und einmal die Projektgruppe, die das gemeinsam tun, die Steuerungseinheit eben in der Verantwortung für die Kommunikation, für die Beteiligungsverfahren, auch für die Öffentlichkeitskampagne auf der einen Seite und die Projektgruppe in der Verantwortung der Senatsverwaltung für Inneres und Sport, die das BERLIN+-Konzept entwickelt und auch fortentwickelt, natürlich in enger Abstimmung mit allen Beteiligten, auch mit Herrn Niroomand, die auch die erforderlichen Machbarkeitsstudien auf den Weg bringen. Genau für diese Umsetzung steht das Gesamtbudget von eben bis zu 6 Millionen Euro zur Verfügung. Davon werden bis zu 5 Millionen Euro der Steuerungseinheit zur Verfügung gestellt. Bis zu 1 Million Euro hat die Projektgruppe innerhalb der Senatsverwaltung für Inneres und Sport, und damit wird auch gewährleistet, dass die weiteren Schritte für die Bewerbung transparent, abgestimmt und effizient erfolgen können.

Die eine oder andere Nachfrage bezog sich auf die Kostenschätzung, die gegenüber der Bürgerinitiative nunmehr abgegeben worden ist. Sie wissen, dass das eine Rechtsgrundlage im Abstimmungsgesetz des Landes Berlin gibt, dass hier eine Kostenfolgenabschätzung vorgenommen werden kann. Auch dazu ist schon sehr viel Zutreffendes ausgeführt worden. Insofern möchte ich das aus meiner Sicht nur ganz kurz ergänzen, um die Punkte, die noch nicht adressiert worden sind, zu beantworten. Das ist alles eine Schätzung. Was wir konkret beziffern können, ist das, was bereits an Ausgaben für die nationale Bewerbung angefallen ist. Das ist der dreigliedrige Prozess in der Olympiabewerbung, nämlich zunächst die nationale Bewerbung, dann der internationale Bewerbungsprozess, und die dritte Stufe wäre die Organisation, die Durchführung der Spiele. Das Volksbegehren zielt auf die Rücknahme der Olympiabewerbung Berlins im Rahmen der nationalen Bewerbung. Das können wir konkret beziffern, alles andere ist in der Tat – Herr Niroomand hatte das ausgeführt – an die Olympischen Spiele in Paris angelehnt, sodass die entsprechenden Kostenfolgeschätzungen sowohl für die Einnahmen- als auch für Ausgabenseite im Rahmen der Kostenfolgeabschätzung gegenüber der Bürgerinitiative auf diesen Wege gemacht worden sind.

Wenn wir über die wirtschaftlichen Effekte, die Investitionen sprechen, ist im Prinzip schon der Kern dessen gesagt worden. Die Investitionen in die öffentliche Infrastruktur, die Nachfrage aus den Bereichen Tourismus, Gastronomie, Handel, weitere Dienstleistungen, langfristige Standort- und Imageeffekte, das hatte ich schon gesagt, miteinbezogen werden müssen, dann sind das die Kostenfolgeabschätzungen, die wir gegenüber der Bürgerinitiative nunmehr abgegeben haben. Auf der anderen Seite – auch das wurde schon ausgeführt – zeigen die Erfahrungswerte, dass sich Bundesregierung und andere Beteiligte auch noch einbringen werden. Insofern sind die Zahlen auf dieser Grundlage zustande gekommen. – Vielleicht so viel erst einmal!

**Vorsitzender Stephan Schmidt:** Vielen Dank, Herr Staatssekretär! – Es gibt weitere Wortmeldungen. – Herr Kollege Schulze, bitte schön!

**André Schulze (GRÜNE):** Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Ich würde für den TOP um ein Wortprotokoll bitten. Ich will gar nicht die Olympiadebatte führen, aber weil Sie Mailand als reine Begeisterung dargestellt haben. Ich weiß nicht, ich verfolge nur die Medienberichterstattung. Da waren die Demonstrationen, die in Mailand gegen die Olympischen Spiele stattfinden, zumindest großes Thema. Also pure Begeisterung scheint es bei der lokalen Bevölkerung nicht auszulösen, und es gibt auch regelmäßige Befassungen mit den Problemen, die Frankreich oder Paris im Nachgang der Spiele hatten, mit der Nachnutzung oder Versprechen, die in Richtung bezahlbares Wohnen et cetera gemacht wurden, die nicht eingehalten wurden. Ich teile nicht Ihren allumfassenden positiven Blick auf die letzten beiden Olympischen Spiele, aber das ist gar nicht so sehr mein Punkt.

Ich glaube, warum wir so viele Nachfragen zu dieser Kostenschätzung erstellen, hat damit zu tun, dass wir drei Monate lang in den Haushaltsberatungen versucht haben, vonseiten des Senats irgendeine Form von Kostenschätzung zu den Olympischen Spielen zu bekommen. Deswegen bin ich Ihnen für die Abtrennung der verschiedenen Budgets dankbar und wo Sie wann Beteiligung sehen. Wir sind in den Haushaltsberatungen zumindest in schriftlicher Form daran gescheitert, dazu einmal eine Übersicht und eine Einschätzung zu bekommen, im welchem Bereich eigentlich mit welchen Kosten zu rechnen ist. Ob jetzt der Morgenpost-Artikel

das richtig zusammenfasst, will ich gar nicht darauf eingehen, aber auch in der Kostenschätzung gegenüber der Initiative wird jetzt mit sehr großen Zahlen hantiert, die in der Abgrenzung aber wieder fragwürdig sind.

Ich will es an dem Beispiel dieses Budgets 2, also den anstehenden Investitionskosten machen. Wenn man das solide betrachten will, muss man sich die Frage stellen, welche Investitionen im Laufe der nächsten 15 Jahre, 18 Jahre bis zur Durchführung solcher Spiele ohnehin getätigt werden. Stadteingang West ist ja kein neues Projekt, ob man es zwischendurch als Olympisches Dorf baut, dürfte eher zu Mehrkosten führen, weil man es spezifisch auf die Bedarfe der Olympischen Spiele anpassen muss und nicht direkt als Wohnquartier einrichtet. Das ist in seiner Sache aber kein neues Investitionsprojekt, dessen Investitionskosten oder bleibende Wirkung nur dadurch zustande kommen, sondern es ist ein lange geplantes Wohnungsbauprojekt. Genauso stellen sich bei vielen anderen Investitionsvorhaben die Frage, was davon eigentlich der Neueffekt ist. Mich interessieren besonders die Investitionskosten, die keinen bleibenden Effekt für das Land Berlin haben, sondern die einmalig zur Durchführung dieser Spiele getätigt werden müssen, die für die Herrichtung von Sportstätten mit dem spezifischen Ziel dieser Spiele getätigt werden müssen, ohne dass es danach für das Land Berlin einen bleibenden, nachhaltigen Effekt hat. Diese Zahlen abzugrenzen und nicht nur mit vermeintlichen Milliardenbeträgen, die wir an zusätzlichen Investitionen von außen bekommen, zu hantieren, wäre eines meiner Ziele. Ich glaube, dass wir das heute nicht erreichen werden. Das will ich Ihnen aber einfach mal mitgeben.

Sie haben auch ausgeführt, dass sich der Bund an den Bewerbungs- und Durchführungskosten beteiligt. Daraus entnehme ich aber, dass sich der Bund am Budget 2, die Investitionskosten für die Spiele insgesamt und den da entstehenden Mehrkosten, auch nach Aussage von Minister Klingbeil nicht beteiligt. Das ist die entscheidende Frage, die sich stellt. Wer trägt diese Investitionskosten und wie viel davon entfallen am Ende auf das Land Berlin und was davon – wie eben von mir ausgeführt – sind wirklich nachhaltige Investitionen, die das Land Berlin ohnehin bräuchte, und was sind Investitionen, die nur einmalig auf die Spiele ausgerichtet sind?

Meine letzte Bemerkung, noch einmal zu dieser Kostenschätzung: Sie sind leider nicht darauf eingegangen, ich will es noch einmal wiederholen: Die darin behaupteten langfristigen Vorteile in der wirtschaftlichen Entwicklung und Steuereinnahmen sind wissenschaftlich nicht belegt. Die können Sie behaupten, aber die sind wissenschaftlich nicht belegt. Es handelt sich vielfach um einmalige wirtschaftliche Effekte rund um die Spiele, die, wie gesagt, alleine aufgrund der staatlichen Investitionstätigkeit nachvollziehbar sind und darüber hinaus die kolportierten Milliardenbeträge von Mitteln, die von außen in Investitionen fließen, sind jetzt erst mal nur eine Behauptung. Auch dafür kann ich, auch aus Ihren Ausführungen heute, nicht erkennen, dass es für die privaten Investitionen et cetera eine Grundlage gibt. Beteiligung an den Durchführungskosten ja, aber das sind keine Investitionen, die nachhaltig dem Land Berlin zugutekommen, das ist bedingt für die Spieldurchführung selbst. Hier ist diese Kostenschätzung, die Sie abgegeben haben, und an der wir uns abarbeiten, weil wir sonst keine Zahlen vom Senat haben, schon eine Prognose, von der wir viele der Grundlagen anzweifeln würden.

Als Letztes, weil das auch in der Debatte im Plenum letzte Woche eine Rolle spielte: Dass man die Zahlen erst dann weiß, wenn es in 14 oder 18 Jahren durchgeführt wird, ist das We-

sen langfristiger Investitionsentscheidungen und nichts anderes soll das Abgeordnetenhaus, wenn es zu einer Abstimmung kommt, am Ende tätigen, dass man auch mit großem Vorlauf eine Entscheidung darüber treffen muss, was die bessere Investitionsentscheidung ist und welche Folgekosten damit auf einen zukommen. Ich kann Ihnen schon einmal versprechen, dass ohne eine validere Grundlage wir unsere Position nicht werden ändern können. Ohne eine valide Grundlage wird man kein positives Votum für eine Bewerbung abgeben können, nicht nach dem Motto: Wir bewerben uns und schauen mal, was auf der Rechnung steht, wenn wir die Olympischen Spiele bekommen.

**Vorsitzender Stephan Schmidt:** Frau Kollegin Brychcy, bitte!

**Franziska Brychcy (LINKE):** Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Ich wollte noch einmal zu den Investitionen kommen. Sie haben gesagt, dass der Bund zugesagt hätte, für die Durchführung und die Bewerbung bei den Kosten zu unterstützen oder zu übernehmen. Die Frage aber, welche zusätzlichen Investitionen seitens des Bundes für die weiteren Hallen, für den Breitensport getätigt werden, ist zentral. Sie haben das Beispiel genannt, 3,6 Milliarden Euro wurden in Paris investiert. Die Frage ist, wer die investiert hat. War das der französische Staat, die nationale Ebene? Dann würde das bedeuten, dass wir hier den Bund auch für solche Investitionen bräuchten und eine klare Zusage bräuchten.

Ich will nur einmal aus dem Bereich der Kinder und Jugendlichen sagen: Wir haben 34 Turnhallen, die gesperrt sind, die aktuell nicht benutzt werden können. Die Bäder-Betrieben haben gerade berichtet, dass die Bäder Staaken, Spandau-Nord, Märkisches Viertel, Mariendorf, Gropiusstadt bis 2030 nicht saniert werden und teilweise jetzt schon Einschränkungen bestehen, bis hin zum Ausfall des Bades. Wir haben einen enormen Sanierungsstau, wir diskutieren über Intensivschwimmkurse, ob wir hier zum Beispiel 100 00 Euro noch einmal drauflegen können, damit unsere Kinder noch Schwimmen lernen können. Wir diskutieren über die Schwimmbusse, der Bezirk Neukölln hat durch diese angespannte Haushaltslage die Schwimmbusse nicht mehr finanziert, wo klar ist, dass wir die brauchen, weil unsere Bäder teilweise gesperrt sind und dort kein Schwimmunterricht stattfinden kann. Insofern ist es richtig: Ohne die Koalition wären die Intensivsport- und -bewegungsangebote in diesem Haushalt nicht in dieser Art und Weise möglich gewesen. Es brauchte zusätzliches Geld über Änderungsanträge, damit diese Sportangebote überhaupt stattfinden können. Wir sind hier wirklich in einer sehr angespannten Lage, und insofern: Selbst diese 2,5 Millionen Euro alleine für Ihre Kommunikationskampagne, um die Menschen hier in Berlin zu überzeugen, ist so viel Geld, was uns beispielsweise bei den Intensivschwimmkursen fehlt. Wenn es keine klare Zusage gibt, dass unsere Hallen hier in Berlin saniert werden, können wir nicht mit gutem Gewissen in diese Olympiabewerbung gehen.

**Vorsitzender Stephan Schmidt:** Herr Kollege Ronneburg, bitte schön!

**Kristian Ronneburg (LINKE):** Vielen Dank, Herr Vorsitzender! Ich möchte jetzt noch eine kurze Nachfrage stellen, sofern es sonst keine weiteren Diskussionsbedarfe im Saal gibt. Kann uns der Senat mehr dazu sagen, was unter der Olympiagarantie vom Bundesfinanzminister zu verstehen ist? Das ist medial widergespiegelt worden, dass Bundesfinanzminister Klingbeil eine solche Garantie abgegeben haben soll. Mich interessiert, ob der Senat eigene Erkenntnisse darüber hat, inwieweit diese Garantie ausgestaltet sein soll.

**Vorsitzender Stephan Schmidt:** Dann kommen wir, wenn es keine weiteren Fragen gibt, zur Antwortrunde. Ich schaue, wer beginnen möchte. – Herr Niroomand!

**Kaweh Niroomand (Olympiabeauftragter):** Vielen Dank für die Fragen! – Ich finde es super, wie engagiert Sie sich für die Sportstätten eingesetzt werden. Das ist wirklich große Klasse. Das deckt genau auch unseren Ansatz. Ich frage Sie nur im Umgekehrten: Gibt es heute eigentlich Pläne dafür, wie man das saniert? – [Zuruf von Franziska Brychey (LINKE): Sie sind der Senat!] – Ich bin nicht der Senat. Ich bin die Steuerungseinheit, und ich frage Sie auch rückwirkend, was Sie getan haben, als Sie noch vor ein paar Jahren in der Regierung waren. In die Debatte will ich gar nicht rein, sondern die Frage stellt sich so gar nicht für mich. Wenn wir diese Milliarden Euro hier hätten, wenn das Parlament beschließen würde, dass wir 5 Milliarden Euro übrig hätten und jetzt investieren wir diese 5 Milliarden Euro in die Olympischen oder Paralympischen Spiele oder in diesen Rückstau, den wir bei den Sportstätten haben, dann würden Sie in mir den ersten finden, der sofort sagen würde: Lasst uns Olympia zumachen, wir machen erst die Sportstätten. – Völlig richtig, aber so stellt sich die Frage nicht!

Das Bestreben ist, eine Hebelwirkung zu erzielen, die wir aus diesem Verfahren entwickeln können. Das ist unbestritten, dass es diese Hebelwirkung gibt, weil in diesem zweiten Budget Mittel reinkommen, die sonst nicht reinkommen würden. Das sind Mittel vom Bund und der Privatwirtschaft und vom Land auch. Das sind drei Quellen, wo die Mittel herkommen werden, und die zwei ersten Mittel würden sonst nicht kommen, ganz einfach. – [Zuruf von Steffen Zillich (LINKE)] – Nein, Nichtdurchführung! Durchführung ist das erste Budget, das müssen wir eh machen. Das trägt sich von selbst, weil es Zuschauereinnahmen, Sponsoreinnahmen und IOC-Einnahmen mit über 1 Milliarde Euro sind. Das trägt sich von selbst. Wir reden über das, was Ihre Kollegin gesagt hat, und Sie wahrscheinlich auch meinen, das ist das zweite Budget. – [Zuruf von Steffen Zillich (LINKE): Wo kommt da was? Was kommt?] – In Paris sind aus der Privatwirtschaft Gelder gekommen, vom französischen Staat sind Gelder gekommen und auch von der Stadt; das ist ganz klar, das sage ich ja. Aber diese Mittel aus der Privatwirtschaft und vom Bund würden wir nicht bekommen, wenn Sie nicht diese Bewerbung machen würden, weil die Sportstätten fertig sein müssen, und das betrifft nicht die Austragungsstätten, wo die Olympischen Spiele auch stattfinden, sondern das sind die Nebenhallen und die Infrastruktur, die wir drumherum brauchen, um die Olympischen Spiele durchzuführen. Das ist entscheidend. Wenn in der Max-Schmeling-Halle das Volleyballturnier stattfindet – 12 Mannschaften Frauen und 12 Mannschaften Männer –, müssen die irgendwo trainieren, und die Hallen, in denen die trainieren müssen – genauso kann man das für Basketball, Handball, Boxen und so weiter ausweiten –, sind die Turnhallen, die Sie meinen, die heute nicht tauglich sind und nicht den Standard haben, weil da die Dusche nicht funktioniert und die Kabinen nicht sauber sind. Genau diese Hebelwirkung wollen wir erzielen, und die kommt aus den Mitteln, die wir sonst nicht bekommen würden. Das zum einen!

Zum anderen – das ist vielleicht auch wichtig, zwar keine materielle Sache –: Wir haben einen Terminzwang. Wir müssen bis dahin fertig werden. Dieser Terminzwang wird uns auch dahin bringen, dass wir es auch fertigstellen. Das darf man nicht einfach vernachlässigen, weil diese Hebelwirkung das Entscheidende ist. Das ist der Einsatz genau für das, was Sie sagen, und zu Recht auch anmahnen, dass das saniert werden muss.

**Vorsitzender Stephan Schmidt:** Danke schön, Herr Niroomand! – Herr Kollege Zillich, bitte!

**Steffen Zillich (LINKE):** Das ist ja die entscheidende Frage. Tatsächlich glaube ich Ihnen, dass Budget 1 in irgendeiner Form vielleicht mit einem kleinen Überschuss ausgestaltet wird, ob das jetzt in Berlin auch gelingt, kann man sich fragen, aber das ist nicht das entscheidende Argument, ob das mit 10 Millionen Euro plus oder minus ausgeht. Unser Punkt ist, dass auch von dem, was der Bund sagt, genau für das Budget 2 eben nicht gesagt werden kann, was in einer völlig anderen Struktur im Übrigen als in Frankreich, mit einer völlig anderen Tradition des Engagements des Zentralstaates, was dort tatsächlich an Mitteln kommt. Das, was der Bund – Sie haben es selbst gesagt – bisher garantiert hat, betrifft die Durchführung. Sie sagen, dass kann das andere noch gar nicht betreffen, weil wir da noch gar nicht sind. – [Zuruf von Kaweh Niroomand] – Na ja, aber die Durchführung kommt auch erst nach der Bewerbung. Dass der Bund dafür ein Commitment abgegeben hat, ist jetzt kein Argument dafür, dass er auch eins für die Investitionen abgeben würde. Da sind wir auf dem gleichen Stand. – [Zuruf von Kaweh Niroomand] – Aber genau das gleiche Argument betrifft doch die Durchführungskosten und nicht nur die Investitionskosten. Im Gegensatz aber zu den Investitionskosten hat sich der Bund für die Durchführungskosten committet. Das ist jeweils das gleiche Argument: deutsche Bewerbung, Bund beteiligt sich auf jeden Fall, aber im einen hat er sich committet, im anderen hat er es nicht. Das können wir erst einmal festhalten.

Dann die Frage private Infrastrukturinvestitionen: Was könnte das denn sein? Ich glaube nicht, dass wir private Investitionen in Größenordnung in die marode Schulturnhallen bekommen. Das halte ich für unwahrscheinlich, wüsste ich auch nicht, in welchem Modell das stattfinden soll. Ich glaube schon, dass es private Immobilienprojekte gibt, die mit einer Aufwertungsrendite auf Grund von Olympia rechnen. Da müssen wir uns aber fragen, ob das die Investitionen sind, die wir wollen und die uns helfen. Sind das nicht genau die Investitionen, von denen Leute Angst haben, weil dadurch ein Verdrängungsdruck induziert wird? In welcher Infrastruktur sollen welche privaten Investitionen laufen? Ich bin da eher skeptisch, ob das tatsächlich ein positiven Effekt hat.

Dann sind wir an dem Punkt, welche Investitionsmittel wir ohne Olympia zur Verfügung haben und welche mit. Wir wissen nur über die Investitionsmittel etwas, die das Land sowieso zur Verfügung hat. Da haben Sie recht: Ein Fertigstellungsdruck – war auch in Mailand nicht immer ganz erfolgreich, wie man hört – entsteht dadurch. Das wird den Druck verstärken, die Investitionsmittel, die wir ohnehin zu wenig haben, in einem noch größeren Maße für Olympia auszugeben, von mir aus auch für olympiaverwandte Projekte, und genau das ist der Punkt, wo wir sagen: Das wäre nicht gut für die Stadt, wenn es eine solche Konzentration von ohnehin begrenzten Mitteln gibt. Für den Hebel, mit Verlaub, gibt es bisher keine Zusagen, keine Belege, jedenfalls nicht für ein Funktionieren hier.

**Vorsitzender Stephan Schmidt:** Wenn es in Ordnung ist, Herr Kollege Zillich, würde Herr Niroomand direkt etwas dazu sagen. – Bitte schön, Herr Niroomand!

**Kaweh Niroomand (Olympiabeauftragter):** Ich zitiere nur einmal: Trotz Kostenfragen bekräftigte Klingbeil, dass der Bund sowohl die Bewerbung als auch die Spiele unterstützen wird. – Das ist ganz deutlich. Es ist nicht nur, wie sie sagten, dass er sich geäußert habe, die Bewerbungskosten mit zu unterstützen. – [Zuruf von Steffen Zillich (LINKE)] – Nicht Durch-

führung! Sie müssen das unterscheiden. Das ist nicht die Durchführung. Das ist dieses Infrastrukturbudget, das vom Bund genauso wie in Frankreich, genauso wie in allen anderen westlichen Ländern auch von den Landesregierungen unterstützt wurde. Darauf würden wir verzichten. Das sind die Gelder, die wir reinbekommen, die wir heute nicht haben. Das ist in Ihre Richtung.

**Vorsitzender Stephan Schmidt:** Herr Kollege Zillich! Waren Sie mit Ihren Ausführungen fertig? – Dann rufe ich die Wortmeldung des Kollegen Wiedenhaupt auf. – Bitte schön!

**Rolf Wiedenhaupt (AfD):** Danke, Herr Vorsitzender! – Ich glaube, im Endeffekt ist das eine Art Wette, in dem wir einen Einsatz leisten, der uns jetzt wehtut, da bin ich bei der Kollegin. Natürlich könnten wir die Mittel, die wir jetzt für die Öffentlichkeitsarbeit machen, auch direkt einsetzen, aber die würden ja nicht ausreichen – das hat Herr Niroomand richtig dargestellt –, diesen riesigen Infrastrukturstau, den wir haben, in irgendeiner Weise für die Zukunft auszulösen. Insofern sehen wir es als Chance an, dass wir, wenn wir diese Spiele bekommen – da bin ich auch optimistischer als der Kollege Zillich – diesen Hebel auch bekommen und das auch finanzieren können. Ich gehöre zu den wenigen hier im Hause, die schon mal als Abgeordnete in diesem Haus eine Olympiabewerbung mitgemacht haben. Wir haben damals gesehen, was alleine in dieser Entwicklung für diese Stadt ausgelöst worden ist. Deswegen finde ich es traurig, wenn hier Fraktionen das nur schlechtmachen wollen. Ich glaube: Ja, wir haben dieses Risiko, das einer Wette, so wie ich es bezeichnet habe, immer innewohnt, aber ich glaube, dass diese Summen, die wir jetzt ausgeben, und die uns an mancher Stelle auch wehtun, es durchaus wert sind, wenn wir das Ziel im Auge haben, dass wir überhaupt diese Sportstadt Berlin aufrechterhalten wollen.

Wir mussten das alle hier erleben: Wir haben ein Sondervermögen, wir nennen es Sonderschulden, aufgenommen, aber das Geld ist nicht für den Sportbereich verwendet worden. Wir bekommen aus diesem sogenannten Sondervermögen eben nicht diese Investitionen in den Sportbereich hinein, die wir dringend brauchen. Das könnten wir hiermit erreichen. Bei aller Skepsis, die wir bei einzelnen Dingen auch als Fraktion haben, sehen wir die Chance, diese Sportstadt wirklich tiefgreifend nach vorne zu bringen. Deswegen werden wir uns weiterhin auch sehr positiv gerne an dieser Bewerbung beteiligen.

**Vorsitzender Stephan Schmidt:** Herr Kollege Melzer, bitte schön, Ihre Wortmeldung!

**Heiko Melzer (CDU):** Vielen Dank! – Ich will mich zunächst beim Senat und bei Herrn Niroomand bedanken, dass Sie sich gemeinschaftlich den Weg gemacht haben, für die Stadt Berlin eine Bewerbung für die Olympischen Spiele abzugeben und Olympia nach Berlin zu holen. Es ist ein wichtiges Signal. Es ist ein Signal nach vorne, ein Signal der Zuversicht, ein Bekenntnis zu einer Metropole und dazu, dass wir die Welt gerne bei uns zu Gast haben wollen. Ja, dazu kann man Fragen haben, man kann auch Dinge kritisieren. Das ist vielleicht auch Aufgabe von Opposition. Womit ich aber ein Problem habe, ist, insbesondere bei der Linksfraktion: Ich habe ein bisschen das Gefühl, dass Sie sich ein Bündel Haare ausreißen, werfen die in die Luft und sagen: Achtung, da ist ein Haar in der Suppe! –, und das machen Sie dann zu einer ganzen Perücke. Immer mit eigenen Thesen zu kommen, irgendetwas in den Raum zu stellen, was vielleicht sein könnte, daraus Ableitungen zu treffen, wie intransparent alles ist, ist unredlich.

Es ist heute mehrfach erklärt worden, wie es sich zu den Kosten und den Investitionen verhält. Das kann man verstehen, man muss es aber auch verstehen wollen. Das könnten Sie alle, Sie wollen nur nicht. Deswegen seien Sie doch einfach so ehrlich zu sagen, dass Die Linke keine Olympischen Spiele in Berlin möchte. Bauen Sie sich doch nicht selbst irgendwelche Scheinargumente dafür auf. Seien Sie doch so ehrlich, zu sagen: Egal was kommt und egal wie positiv es für die Stadt ist, wir, die Linkspartei, sind dagegen. – Wir sagen: Wir sehen die diese Chance für Berlin, wir sehen die Investitionsmöglichkeiten, auch durch Dritte von Privaten, von der Bundesrepublik, die natürlich eine erfolgreiche nationale Bewerbung auch investiv unterstützen würde. Wir sehen diese Chancen für unsere Stadt, und wir sehen die Notwendigkeit, hier in die nächste Stufe zu gehen. Da kann man den Mäkelbruder machen und wieder nur herummeckern und wieder das nächste Haar in der Suppe suchen, das man vielleicht selbst reingeworfen hat, oder man sagt: Lasst uns gemeinsam diese Chance am Schopf packen und lassen Sie uns diese Chance gemeinsam nutzen!

Jetzt sind wir in unterschiedlichen Prozessen: Der Bewerbungsprozess national ist jetzt ange laufen. Wir haben heute noch einmal gehört, wie die nächsten Schritte sind. Heute schon zu verlangen, dass sich die Bundesregierung bis ins kleinste Detail festgelegt hat, ist einfach verfrüht, und das wissen Sie auch. Heute zu verlangen, dass jeder Cent vom IOC schon da sein müsste, ist verfrüht, und das wissen Sie auch. Dann können Sie nicht so tun, als ob das alles heute von denjenigen geleistet werden müsste, die versuchen, hier Rede und Antwort zu stehen und ganz transparent zu informieren, wie der Stand der Dinge ist.

Letzte Anmerkung: Wenn hier gesagt wird, bestimmte Zahlen, die in Zeitungen oder anderen Medien stehen, seien falsch, dann finde ich, muss man das auch zur Kenntnis nehmen. Vielleicht müssen sich auch insbesondere diejenigen, die diese Zahlen in Richtung Medien kolportieren, hinterfragen, ob das das kleine parteipolitische Süppchen ist oder der Stadt dient. Ich finde, dass es der Stadt nicht dient. Wenn die Linkspartei sagt: Wir wollen keine Innovation, wir wollen keine Olympischen Spiele in Berlin –, dann sagen Sie es, aber verstecken Sie sich nicht hinter selbst herbeigeredeten, angeblichen Problemen, die am Ende keine sind, wenn man dem Senat und dem Olympiabeauftragten zuhört.

**Vorsitzender Stephan Schmidt:** Frau Kollegin Gebel, bitte schön, Ihre Wortmeldung!

**Silke Gebel (GRÜNE):** Ich finde, dass man Olympia toll finden kann. Ich kann mich mal outen: Als ich so zwölf Jahre alt war, habe ich Leistungsschwimmen gemacht und immer davon geträumt, dass ich 2000 in Sidney antrete. Das hat nicht geklappt, aber es gibt eine Menge Leute, die Sport machen, das für eine coole Sachen halten, und gleichzeitig kann man hier im Hauptausschuss sitzen und sagen: Funktioniert das wirklich? Ist Berlin in der Lage, das finanziell zu stemmen? – Ich finde, dass das eine seriöse Aufgabe ist, die wir hier haben. Wenn man am Ende feststellt: Verdammt, das Geld reicht nicht! –, man dann sagt, dass das vielleicht nichts für Berlin ist. Ich finde, dass das seriös ist, das ist sachlich, das ist pragmatisch, und ich finde es sehr bedauerlich, Herr Melzer, dass Sie das so abtun. – [Zuruf von Heiko Melzer (CDU): Ich habe gesagt, dass man Kritik äußern kann!] –

Deswegen würde ich gerne noch ein paar Fragen stellen. Ich finde, wenn der Finanzsenator und Deutschland sagen: Wir wollen Olympia in Deutschland haben –, dann müssen Sie sagen: Das ist unser Budget, was wir für die Infrastruktur bereitstellen, und zwar egal, ob das in München, Berlin oder irgendwo anders ist, sondern die müssen einen Rahmen sagen, und den

habe ich bisher nicht gehört. Ich mache viel Gesundheitspolitik, da haben wir auch das Versprechen bekommen, dass in die Krankenhäuser Milliarden investiert werden. Von den Milliarden werden es irgendwie vielleicht ein paar Millionen, wenn man Glück hat, und gerade gibt es eine Betriebsversammlung beim Jüdischen Krankenhaus, das war jetzt geschlossen, außer der Senat kann sich durchringen, das Grundstück zu kaufen. Wir haben einfach Situationen, wo das Geld immer knapp ist, und deswegen fällt es mir schwer zu sagen: Ach, das wird schon irgendwie alles kommen, und das regelt sich. – Wenn sich das nicht regelt, wird das Geld woanders nicht ausgegeben. Das will ich damit sagen. Wir fragen Sie noch einmal schriftlich, aber ich würde schon gerne wissen, um wie viel Geld es geht, was vom Bund zu erwarten ist. Wenn Herr Klingbeil sagt, dass man sich an der Investition beteiligen wird und noch nicht einmal eine Zahl sagt, dann bin ich lange genug Politikerin, dass ich weiß, wenn man keine Zahl sagt, keine Hausnummer, dann ist das nicht unbedingt das, was am Ende kommt, sonst würde er eine Hausnummer sagen. Die kann er auch für München sagen. Die Münchener, wir kennen die CSU, die hat immer ein Interesse, sich alles in ihr eigenes Hinterhöfchen zu schubsen.

Zweiter Punkt: Sie haben mehrfach gesagt, dass sich die Wirtschaft beteiligt. Das würde mich mal interessieren, wie das operationalisiert funktioniert und womit man in Berlin so zu rechnen hat. Ich weiß nicht so recht, ob unsere Berliner Wirtschaft in der Lage ist, wenn Sie hier von irgendwie 4,4 Milliarden Euro in Paris sprechen, diese Summe zu stemmen. Erstens: Womit rechnen Sie? Sie müssen, wenn Sie einen Vorschlag machen, in den nächsten Wochen und Monaten dafür eine Zahl aufschreiben. Was ist diese Zahl? Zweitens: Wie operationalisiert sich das dann? Habe ich an der Rosa-Franklin-Schule eine Siemens-Turnhalle? Was heißt das? – [Zuruf] – Oder so etwas, genau! Ich frage das doch nur, weil ich in diesem Land schon ganz viele tolle Ideen gehört habe, und am Ende scheitert es an der Umsetzung. Da finde ich, wenn Sie so etwas wollen, dann muss man das auch transparent machen.

Letzter Punkt: Bei der EM, die wir hier hatten, wurde das immer wieder angesprochen, dass das ganz viel bringt und so weiter und so fort, und am Ende hat es doch nicht so richtig funktioniert. Klar, das lag auch daran, dass bestimmte Spiele nicht hier stattgefunden haben, aber trotzdem ist gar nicht so viel in der Stadt hängen geblieben, gerade beim Breitensport. Das sind Erfahrungen, die gemacht worden sind, die man halt aus der Welt räumen muss, und die sich am Ende des Tages in harten Zahlen unterlegen lassen.

Ich muss schon sagen, Herr Niroomand, Sie waren der Erste, der – da schließe ich mich Herrn Schulze an – diese Budgets in diesem Ausschuss mal auseinanderdividiert hat. Insoweit sind wir heute tatsächlich einen Schritt weitergekommen. Aber gerade, was diese Investitionen angeht, fehlt da noch einiges.

**Vorsitzender Stephan Schmidt:** Herr Kollege Zillich, bitte!

**Steffen Zillich (LINKE):** Herr Kollege Melzer! Sie haben eine Prognose, und die heißt: Für die Investitionskosten kommt viel Geld von anderen nach Berlin. Ich habe eine andere Einschätzung hinsichtlich der Stichhaltigkeit dieser Prognose. Ich würde sagen, dass wir nicht mit zusätzlichem Geld von Bund für Investitionen in Größenordnung rechnen sollten. Diese Prognose ist zumindest durch die Debatten um vergangene Olympiabewerbungen bereichert und auch dadurch bereichert, wofür der Bund im Zweifel bei Investitionen bisher Geld gibt. Es gibt keine Zusage seitens des Bundes, worauf Sie Ihre Prognose stützen können. Beim

Thema privates Kapital ist es eine Frage, ob das kommt, und wenn es kommt, in welchen Konstruktionen es kommt, und ob das wirklich eine gute Idee für das Land Berlin ist, oder ob es am Ende für die Nutzung der Allgemeinheit nicht teurer wird. Insofern habe ich eine Einschätzung, die insbesondere die Investitionskosten betrifft, und leite daraus eine Position ab. Das ist etwas anderes, als das, was Sie mir unterstellt haben. Der Punkt ist, dass Sie Ihre Prognose leider gar nicht unterlegen können, dass Ihre Prognose oder Wette tatsächlich der Realität entsprechend wird.

**Vorsitzender Stephan Schmidt:** Danke schön! – Frau Kollegin Hassepaß hat vielleicht noch eine Frage. – Bitte schön!

**Oda Hassepaß (GRÜNE):** Ich finde auch, dass man sich die Erfahrungen der anderen Städte ansehen und dann mal rechnen sollte, was es gebracht hat, was es gekostet hat, und ob wir das auch wollen oder nicht. Im Beispiel von Paris muss ich sagen, dass die ganz viele Tramlinien, Radwege haben, aber das lag in Berlin sicherlich nicht am Geld, dass das nicht gekommen ist, sondern an anderen Ursachen, warum wir diese Radwege und die Tramlinien nicht haben.

Ich wollte aber bei einer Sache nachfragen, die Sie gerade gesagt haben; die habe ich nicht so richtig verstanden. Sie sagten, mit Olympia hätten wir auch einen Fertigstellungsdruck und dann müssten die Sachen auch kommen. Da wollte mal nachfragen: Ehrlich gesagt wären Kinder, die nicht Schwimmen lernen, oder Seniorinnen, die nicht in die Sportstätten gehen können, für mich Druck genug, das auch rechtzeitig fertigzustellen. Wenn sich aber dieser Anschein ergibt, dass man sagt: Bei Olympia müssen wir alles zusammenkratzen und alle Baufirmen zusammentrommeln, damit wir das fertig bekommen, weil wir einen Druck haben, aber ansonsten haben wir eigentlich gar nicht so einen Druck, die Schwimmbäder fertig zu stellen, weil ob das 2030 oder 2040 kommt, ist uns eigentlich gar nicht so wichtig –, wollte ich eine Klärung haben. – Vielen Dank!

**Vorsitzender Stephan Schmidt:** Danke schön! – Wer möchte antworten? – Herr Niroomand, bitte!

**Kaweh Niroomand (Olympiabeauftragter):** Vielen Dank! – Ich freue mich, dass wir zumindest für ein bisschen Aufklärung gesorgt haben. Jetzt habe ich mehr das Gefühl, dass die Arithmetik der Budgetzusammenstellung ein Stück weit verstanden worden ist. Jetzt ist es eine Frage des Glaubens, ob das kommt oder nicht. Eine Glaubensfrage: Ich bin nicht in der Kirche, insofern kann ich Ihnen die Frage nicht so beantworten. Ich kann Ihnen nur sagen: Paris! Wenn Sie sagen: Paris –, kann ich Ihnen sagen: Nur Paris! – In Paris ist das gekommen, und es muss auch kommen. In dem Moment, wenn hoffentlich am 26. September die deutschen Verbände entscheiden, dass wir mit der Bundeshauptstadt in den internationalen Wettbewerb gehen, ist das nicht mehr die Verantwortung von diesen beiden Herren, die neben mir sitzen alleine, sondern da ist der Bund der Hauptverantwortliche aus Regierung und der Deutsche Olympische Sportbund. Alle Verantwortung liegt bei denen.

Ich habe mich wirklich bemüht zu verstehen –– Liebe Frau Gebel, Sie wissen, dass wir uns viel über den Sport ausgetauscht haben, ich schätze Ihre Meinung auch wirklich sehr! Sie können heute vom Bund nicht eine Investitionszusage konkreter Art verlangen, weil Sie noch gar nicht wissen, was anfällt. Wenn wir dazu kommen und feststeht, dass wir bei den Nebenhallen der Max-Schmeling-Halle nicht zehn Hallen brauchen, die saniert werden müssen,

sondern nur acht, dann ist das eine ganz andere Zahl. Die kennen wir heute noch nicht. – [Zuruf von Franziska Brychcy (LINKE): Dann machen wir einen Vorratsbeschluss] – Ja, aber so funktioniert das leider nicht! In dem Moment, wo das feststeht, wenn wir wissen, welche Anbindungen das Olympische Dorf braucht – brauchen wir 60 Kilometer Radwege oder nur 30 Kilometer Radwege? –, hat das Einfluss auf die Investition. Diese Frage kann man heute nicht beantworten.

Deswegen kann man auch vom Bund nicht verlangen, konkret zu sagen: Ihr bekommt 2 Milliarden Euro! – Das wird es nicht geben, aber das, was der Finanzminister gesagt hat: Wir beteiligen uns auch an der Durchführung –, nicht im Budget 1, weil im Budget 1 – wenn Sie wollen, kann ich Ihnen vorlesen, wer sich in Paris alles am Budget 1 beteiligt hat, sind das ganz andere. Das ist das IOC mit 1,2 Milliarden Euro, da waren die nationalen Sponsoren mit 1,24 Milliarden Euro, aus dem Ticketverkauf kamen 1,49 Milliarden Euro, Lizenzen und Merchandising waren 300 000 Euro, öffentliche Zuschüsse 220 Millionen Euro. Das sind die Zahlen, und aus dem ist dann ein Budget entstanden.

Man kann heute nicht sagen, wie groß das Infrastrukturbudget, das aus 3 Milliarden Euro bestand, wird. Das wird sich aber in dem Rahmen bewegen. Deswegen habe ich die Zahlen mitgebracht, damit Sie ein Gefühl dafür bekommen, worüber wir reden. Verlangen Sie das bitte nicht in diesem Moment! Wir können froh sein, dass die Bundesregierung sich so hinter diese Bewerbung gestellt hat – aus meiner Sicht, ich bin froh –, auch die finanzielle Zusage gemacht hat. Und dann, wenn ich das so sagen darf: Die grüne Bundestagsfraktion hat einen eindeutigen Beschluss gefasst, sich für diese Olympiabewerbung einzusetzen, nicht nur in Hamburg, nicht nur in NRW, nicht nur in Bayern, sondern auf Bundesebene. Die Bundestagsfraktion hat das gemacht! Insofern: So ganz von einer anderen Welt können die auch nicht sein, als wir es hier sind. Ich glaube, dass wir darauf bauen müssen, dass es eine nationale Bewerbung wird, und bei dieser nationalen Bewerbung werden Mittel einfließen, die hier sonst nicht fließen würden.

Sie hatten die Frage gestellt, ob sich die Berliner Wirtschaft beteiligen wird: Noch einmal, das wird eine deutsche Bewerbung. Ich kann Ihnen so viel sagen: Heute schon, auf Initiative des DOSB, haben sich über 30 große deutsche Unternehmen committed, in dem Moment, wo sich Deutschland international bewirbt, sich an dieser Bewerbung finanziell zu beteiligen. Ich glaube, es waren 32 vor zwei Wochen. Es ist eine deutsche Bewerbung, und dann werden sich auch deutsche Firmen beteiligen. In verschiedenen Gesprächen, die ich jetzt führe, kommt – ich will keine Namen nennen –: Wir würden das unterstützen, aber wir sind bundesweit tätig. – Das wird kommen, und darauf müssen wir uns auch verlassen.

Noch eine Zahl zur Wirtschaft, weil Sie sagen: Was bringt das: Es sind im KMU-Bereich in Paris 180 000 Stellen nachhaltig entstanden, weil man über die Olympiabewerbung auch viele Innovationen entdeckt hat, wie man so eine Großveranstaltung CO<sub>2</sub>-mindernd organisieren kann. In Paris war es die Hälfte des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes im Vergleich zu den vorhergehenden Spielen. Und das Thema – da würde ich Sie bitten, damit wir wirklich in der Sache miteinander reden –: Setzen Sie sich bitte mit der Olympischen Agenda auseinander, was in Sachen Nachhaltigkeit beschlossen worden ist, was Sie als Ausrichter einhalten müssen, weil das fachlich eine ganz andere Geschichte ist, als man das vom IOC kennt – alles korrump, die streichen das Geld ein. Ihre Kollegin hat hier neulich behauptet, dass die Einnahmen für das IOC einkassiert werden. Das ist einfach nicht wahr! Ich habe mich noch einmal erkundigt, ich

war der DOSB-Vizepräsident Finanzen. 90 Prozent der Einnahmen aus den Olympischen Spielen fließen zurück in die NOKs der Länder. Das kann sein, dass der deutsche Sport auch ohne überleben würde, aber in vielen armen Ländern sind das Gelder, die für die Weiterführung des Sports enorm wichtig sind. Man muss sich einfach mit den Fakten auseinandersetzen. Das Thema ideologisch abzulehnen: Ja, da haben Sie recht. Da sagen wir, das wollen wir nicht. Wir nehmen die Millionen, die haben wir eh nicht, und dann lassen wir es einfach laufen. – Wenn Sie sich faktisch damit auseinandersetzen, bin ich hundertprozentig der Meinung, dass wir auch übereinkommen. In der Sache ist das eine große Chance, gemeinsam den Zusammenhalt in der Stadt zu fördern, gemeinsam sich für Themen wie Kinder und Inklusion einzusetzen, um endlich einmal Sachen zu überwinden und umzusetzen, die wir aus dem normal laufenden Haushalt und dem Alltagsleben nicht machen können. Das ist der Punkt, warum ich mich persönlich dafür engagiere.

**Vorsitzender Stephan Schmidt:** Jetzt gibt es genau noch eine Wortmeldung, die vom Kollegen Schulze. – Bitte schön, Herr Kollege!

**André Schulze (GRÜNE):** Genau, ich will mich dem faktenbasiert nähern. Deswegen versuche ich es noch einmal mit einem Berichtsauftrag. Ich wäre – das werde ich jetzt nicht als Berichtsauftrag auslösen, weil Sie es mir eh nicht beantworten – dem Senat im Prinzip dankbar, wenn er eine langfristige Finanzplanung für dieses Projekt hätte, und ich glaube, dass es nötig ist. So ist es nun einmal im Leben, wenn man lange Investitionsentscheidungen treffen muss, dann muss man auch eine lange Finanzplanung machen. Da Sie es mir eh nicht beantworten, weil Sie es nicht haben, möchte ich einmal dieses Investitionsbudget von Paris – die Zahlen haben Sie – aufgeschlüsselt bekommen, wer da was getragen hat, und in welche Bereiche die privaten Investitionen geflossen sind, was da konkret für Projekte in Paris finanziert wurden. Ich möchte in dem Berichtsauftrag gerne drin haben, was es vom Bund für Finanzzusagen gibt. Und ich muss Ihnen da widersprechen: Ich glaube, wenn der Bund es wollte – das Problem haben wir auch in anderen öffentlichen Vorhaben, auch wir hier im Haus –, kann man auch lange Finanzzusagen tätigen. Der Bund tut das nicht. Ich nehme das zur Kenntnis, aber wenn er das wollte, könnte er das tun, und das könnte man auch vertraglich binden, natürlich dann mit der Host-City-Stadt.

Ich sage Ihnen, was mein Problem ist: Da steht deutsche Bewerbung drauf, aber da wird Host-City-Vertrag-Berlin drin sein. Deswegen werden wir im Zweifel mit gestiegenen Investitionskosten und mit gestiegenen Fertigstellungskosten zu tun haben. In Mailand sind, glaube ich, 40 von 90 Bauprojekten fertig gestellt worden. Das, was nicht fertig gestellt ist, sind die Infrastrukturprojekte, die der Stadt langfristig zugutekommen sollen. – [Zuruf von Christian Goiny (CDU)] – Dazu sage ich nichts dazu, weil ich glaube, die leerstehenden Sportstätten in Athen wären wahrscheinlich eine eigene Baurundfahrt des Hauptausschusses wert. – Diesen Berichtsauftrag würde ich gerne auslösen. Das müssten alles vorliegende Sachen sein, also gerne zu Ende März.

Zur grünen Bundestagsfraktion: In diesem Beschluss steht explizit nicht Berlin drin, es steht eine deutsche Bewerbung drin, weil natürlich auch wir als Landesverband, wenn München diese Spiele haben will, dem nicht im Weg stehen wollen. Darin werden Sie keine Positionierung für eine Bewerbung Berlins finden.

**Vorsitzender Stephan Schmidt:** Weitere Wortmeldungen sehe ich jetzt nicht, aber Herr Niroomand hat sich noch einmal gemeldet.

**Kaweh Niroomand** (Olympiabeauftragter): Herr Schulze! Eine Frage von Ihnen kann ich in Kürze auch schnell beantworten. Das ist, glaube ich, auch für unsere Diskussion hier gut. Dieses Non-OCOG-Budget in Paris, also das Budget 2 oder Infrastrukturbudget, betrug 3,6 Milliarden Euro. Davon sind in Sportstätten geflossen – das ist für die Kollegin hier wichtig –: 1,32 Milliarden Euro. In städtische Baumaßnahmen: 858 000 Millionen Euro. In die Verkehrsinfrastruktur: 609 Millionen Euro. In die Sicherheit, Infrastruktur: 305 Millionen Euro. Ich könnte mir vorstellen, dass das die Sanierung für Inklusion in, glaube ich, über 100 Bahnhöfen in Frankreich war. Umwelt- und Wasserprojekte: 331 Millionen Euro. Finanzierung und Reserven: 200 Millionen Euro. Sie sehen, dass das alles Investitionen in die Infrastruktur sind. Jetzt ist die Frage – die habe ich jetzt nicht dabei –, wo das Geld genau hergekommen ist. Das können wir Ihnen zusammenstellen. Das ist die Blaupause für uns. Sie sehen, dass das alles Infrastrukturmaßnahmen sind, die aus dem Budget 2 finanziert worden sind.

**Vorsitzender Stephan Schmidt:** Die Berichtsbitten sind aufgenommen, und als Berichtsdatum haben wir Ende März festgehalten. Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen und damit können die beiden Berichte zu a und b zur Kenntnis genommen werden. – Ich wünsche einen angenehmen Tag!